

Dienstag, den 11. Mai 1869.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundertseitigster Jahrgang.

Annoncen-Ausgabe: Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Gaetzel; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasestein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Petermeier, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Dial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 9. Mai. S. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geh. Sanitäts-Rath, Professor Dr. v. Lauer, General-Arzt des Garde-Körps, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; den bisherigen Premier-Lieutenant im ersten Garde-Regiment z. F. Grafen v. Seckendorff zum Kammerjunker zu ernennen; dem Appellationsgerichts-Rath v. Rottengatter in Glogau den Charakter als Geh. Justiz-Rath; sowie den Fabrikbesitzern Hahne sen. zu Witten und Schütze zu Kloster Gröningen, Kr. Odersleben, den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Der bisherige Maschinen-Techniker-Naumann zu Bromberg, sowie der bisherige K. Werkstätten-Vorsteher Volkmar zu Sulda sind zu K. Eisenbahn-Mechanikern ernannt und als solche bei der Ostbahn, mit dem Wohnsitz in Bromberg, angestellt worden.

Zur Tagesgeschichte.

Der Reichstag wird seine Ferien nicht vor dem Sonnabend eintreten lassen und bereits am Donnerstag (20. d. Mts.) seine Tätigkeit wieder beginnen. Dieser Zeitraum ist allerdings zu kurz, als daß die Abgeordneten daheim sich über den Eindruck informiren könnten, welchen die neuen Steuervorlagen im Volke hervorgebracht haben.

Die Süddeutschen rüsten sich bereits fürs Zollparlament. In Baden ist jetzt auch eine nette Koalition der Partikularisten (Adeligen, Ultramontanen und Demokraten) zu Stande gekommen. In Bayern sollen nächstens die Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfinden und die Wahlbewegung ist bereits im besten Gange. Die Hauptfrage, um welche es sich bei den Kandidaten handelt, ist selbstverständlich die deutsche Frage. Auch Herr v. d. Pfosten, der unglückliche 1866-Minister, steht auf der Kandidatenliste. Dr. Ruland, der Hauptvertreter der Partikularisten hatte vor nicht gar langer Zeit in der Kammer gesagt: "Einem Staatsmann, der einen solchen Vertrag (zu Napoléonburg) abzuschließen vermochte, hätte man als Hochverrath von Rechts wegen den Kopf vor die Füße legen sollen." Und gerade dieser Partei erklärt der Staatsmann v. d. Pfosten seine Bereitwilligkeit ein Mandat und einen Theil ihres Programms anzunehmen!

Auch in Frankreich wirkt die Wahlagitation wunderliche Blasen auf. Die Zahl der Pariser Wahlmanifeste mehrt sich, so wie die der Wahlversammlungen. Man verzeichnet es übrigens mit Genugthuung, daß bis jetzt erst eine Wahlversammlung aufgelöst worden ist, nämlich die im Faubourg St. Jacques, wo der Kandidat Cantagrel, früher Sozialist und Volksvertreter die römische Expedition und Okkupation mit verdienter Schärfe verurtheile. — Die Zahl der in Paris eingeschriebenen Kandidaten beläuft sich auf 200. Davon sind ungefähr 50 wirkliche Kandidaten, 50 Kandidaten ohne alle Konsequenz und 100 Journalisten und politische Leute, welche nur Kandidaten sind, um die Wahlversammlungen besuchen zu können. — Die Minister, mit Ausnahme Rouher's, begeben sich dieser Tage in die Departements, wo sie geboren sind oder Güter besitzen, um zu Gunsten der Regierungs-Kandidaten zu wirken.

Man glaubt, der Kaiser werde auch noch einige kleine Coups in Szene setzen, um die Massen zu blenden. Der Pariser Korrespondent des "Morning Herald" hat endlich herausgebracht, weshalb Napoleon sich jetzt so ruhig verhält. Wie der Papst von dem Konzil, so träumt er noch immer von dem europäischen Kongress. "Aus glaubwürdiger Quelle" berichtet der Korrespondent, daß gleichzeitig mit dem Napoleonjubiläum die Kongreßidee wieder aufs Tafel gebracht werden solle. Schon jetzt habe man einen Führer nach Preußen ausgestreckt.

In den spanischen Cortes ist die religiöse Frage nach langen Debatten endgültig entschieden worden. Eine ganze Woche hat man über diese Frage verhandelt, ein Amendment nach dem andern, von clerikal oder kirchenfeindlicher Seite herrührend, ist verworfen worden, bis endlich in der Sitzung vom 5. d. die Artikel 20 und 21 des Verfassungsentwurfs angenommen wurden, durch welche die Aufrechterhaltung der katholischen Kirche als Staatsreligion ausgesprochen wurde. Ein Staat ohne Staatsreligion — das wäre zu schrecklich gewesen. Daneben ist freilich die Freiheit der anderen Kulte anerkannt! Warum reichte denn diese Freiheit nicht für die katholische Kirche aus? Warum ihr ein Privilegium geben?

Mit seinen Thronkandidaten hat Spanien wenig Glück. Nachdem König Ferdinand von Portugal in ziemlich kategorischer Weise die Krone abgelehnt, erklärt nun auch der Herzog von Asturias, daß er nie ernstlich auf den spanischen Thron reflektiert habe. Der einzige Thronkandidat, der sich nicht lange würde bitten lassen, ist der Herzog von Montpensier — doch ihn will wiederum die Nation nicht. Bei dieser Sachlage gewinnt die Nachricht von der Bildung eines Direktoriums immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Aus Madrid, 7. Mai, bringt die "Times" folgende Depeche: Wie in gut unterrichteten Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, würde für den Fall, daß die Cortes sich zu Gunsten der Monarchie entscheiden, bis zum Vollzug der Königswahl Serrano als Regent, und Prim als Consejero-präsident und Kriegsminister in Vorschlag gebracht werden.

Die türkische Regierung scheint in Ermangelung einer

konstitutionellen Staatsverfassung wenigstens gewisse äußere Formen konstitutioneller Staaten sich anzueignen. So veröffentlichte sie jüngst ihre hauptsächlich auf den Streit mit Griechenland Bezug habenden Aktenstücke, die jedoch kein besonderes Interesse boten, da sie meistens bereits bekannt waren. Jetzt meldet man aus Konstantinopel von einer Thronrede, die der Sultan an Stelle der nicht vorhandenen Volksvertretung, an sein zum Neujahrsempfang bei ihm erschienenes Ministerium gerichtet hat. Die Rede, die einem Napoleon Ehre gemacht hätte, gedenkt mit Genugthuung der auf der Pariser Konferenz der Regierung gewordenen Anerkennung, konstatirt mit Bestiedigung die angeblich auf nationalem Gebiete gemachten Fortschritte, verschweigt aber nicht, daß die projektierten Eisenbahnen, sowie die beabsichtigte Verbesserung der Bewaffnung der türkischen Armee den Kredit von Neuem in Anspruch nehmen werden!

Am Dienstag den 11. Mai werden in Buxtehude die Kammer vom Fürsten Karl in Person eröffnet werden. Die Wahlen sind bekanntlich, trotz der Wühlereien der Partei Bratiano, fast durchgängig zu Gunsten der Regierung ausgefallen.

Von Russland sind Woche für Woche neue Maßregeln zur Unterdrückung alles Polnischen zu verzeichnen. Durch einen kaiserlichen Uta wird die seit dem Jahre 1863 von den polnischen Gutsbesitzern in Litthauen und Neuhren alljährlich gezahlte Kontribution zu einer stehenden Steuer erhoben und der jährliche Gesamtbetrag derselben vom Jahre 1870 ab auf 2,500,000 S.-R. bestimmt. Der Uta bestimmt ausdrücklich, daß diese Steuer von den polnischen Gutsbesitzern so lange erhoben werden soll, bis der polnische Stamm in den betreffenden Gouvernementen erloschen ist. Niemand soll in eine starke Festung verwandelt werden, welche eine Garnison von 50- bis 60,000 Mann fassen kann. Der Nothstand in Litthauen ist wahrhaft erschütternd. Zu der Hungersnoth kommen noch zahlreiche Brandshäden. 2500 Juden sind obdachlos, ohne Kleidung und Nahrung. Gekochtes Gras ist zum Nahrungsmittel geworden. Vieles werden nur durch die Unterstützungen aus dem Auslande vor dem Hungertode bewahrt. Russische Blätter bestätigen, daß die Polizei in Shitomir einer in ganz Neuhren verzweigten geheimen polnischen Verbindung auf die Spur gekommen ist und daß in Folge dessen zahlreiche Verhaftungen stattgefunden haben. Die Mitglieder der Verbindung sind ausschließlich Kleinrussen.

Das Gesetz über die Wechselstempelsteuer ist vom Reichstage einer Kommission überwiesen worden, nächstens wird der Versammlung das Vorsteuer-gefeß vorgelegt werden, denn die Zustimmung des Bundesrats hat die legtge-nannte Vorlage bereits erhalten. Die Genehmigung geschieht, wie der "Börs. Kur." erfährt, unter folgenden Modalitäten: Die Majorität der vereinigten Ausschüsse hat sich mit den Motiven des Gesetzentwurfs einverstanden erklär und sich dahin ausgesprochen, daß sämmtliche von der neuen Steuer zu treffende Handels- und Börsengeschäfte ohne Unbilligkeit (?) einer solchen Abgabe unterworfen werden könnten, sowie auch dafür, daß diese Besteuerung von Seiten des Bundes ausgehe und daß der Ertrag der Bundeskasse zufliehe. Den speziellen Motivirungen des Gesetzentwurfs hat sich die Majorität ebenfalls angeschlossen.

Der Baron Rothchild soll aber andere Meinung sein und sich „auf das Bestimmteste“ gegen die Börsensteuer ausgesprochen haben. Wir werden ihn hoffentlich bei der Berathung der Vorlage als Redner kennen lernen.

Während so die Steuervorlagen ihren Rundgang machen durch Bundesrat, Reichstag und Kommissionen, bis sie wieder beim Bundespräsidium, von dem sie ausgegangen sind, tot oder lebendig, abgelehnt oder genehmigt eintreffen, bearbeitet die "Prov.-Korr." diejenigen, welche über Annahme und Ablehnung zu entscheiden haben.

Wir haben bereits den Artikel derselben zitiert, worin sie den preußischen Abgeordneten einen Zuschlag von 50 Prozent zur Klassen- und Einkommensteuer androht, wenn die Einnahmen des Bundes nicht durch neue Steuern vergrößert werden. Die Erhöhung der preußischen Steuern wäre aber nicht die einzige Strafe für die Ablehnung der Bundessteuern. Bis durch neue Landessteuern die erhöhten Matikularbeiträge sich schaffen ließen, würden, wie die "Prov. K." zu bedenken giebt, die Interessen des Volkes anderweitig noch aufs Schwerste geschädigt werden. Sie schreibt:

"Der Bundeskanzler Graf Bismarck hat jüngst mit Bestimmtheit hergehoben, daß eine weitere Stodung der Einnahmeketten notwendiger Weise zu einer Verringerung der Ausgaben führen müsse, in erster Linie derjenigen Ausgaben, welche zwar möglich und der Volkswohlfahrt förderlich, aber nicht unbedingt notwendig sind.

Welches sind diese Staatsausgaben, die durch eine Versagung der notwendigen Mittel zunächst in Wegfall kommen würden? Es sind vor Allem die im Staatshaushalte verzeichneten „außerordentlichen Ausgaben“ — um nur einige der selben anzuführen, die Ausgaben für Forstkulturen, für Land- und Wasserneubauten und andere öffentliche Arbeiten — die Buschlässe zu Chausseebauten, die Ausgaben für die allseitige Förderung des Eisenbahnwesens — die Bauprämiens aller Art, die Buschlässe zu Landesmeliorationen und Deichbauten, zur Förderung der Wald- und Wiesenkultur, der Obstkultur, die außerordentlichen Unterstützungen zur Unterhaltung von Schulen und Lehrern und zu Schulbauten, die Buschlässe für Zwecke der Kunst und Wissenschaft und dergleichen. Es wird keinen Theil der Monarchie, keine Klasse der Bevölkerung geben, welche nicht durch die Einstellung dieser Ausgaben in ihren Interessen aufs Empfindlichste verletzt würde. Und doch

würden alle diese Ersparnisse blos an den nötigsten Ausgaben noch nicht hinreichen, um den voraussichtlichen Ausfall an Einnahmen vollständig zu decken, die Einschränkung müßte möglicherweise noch tiefer greifen und noch dringendere Bedürfnisse des Volkes treffen.

Dies „Möglichkeit“ ist allerdings sehr möglich, denn die hier aufgezählten Ersparnisse würden schwierig mehr als zwei Millionen einbringen, da ja auf diese Zweige nicht viel verwendet worden ist. So zeigt der Etat als Ausgabe z. B. für Deichbauten 50,000, für Wald-, Wiesen-, Obstkulturen 22,500, für Forstkulturen 75,000 Thlr. Nur für Land- und Wasserbauten ist eine etwas ansehnlichere Summe ausgetestet, nämlich 1,600,000 Thlr.

Im Zusammenhang mit den Bundessteuergesetzen steht offenbar eine an den Bundesrat des Zollvereins gelangte Vorlage betreffend die Abänderung des Zolltarifs, denn offenbar geht sie darauf hinaus, die Einnahmen des Zollvereins zu erhöhen. Dies könnte allerdings durch Ermäßigung gewisser Tarifpositionen geschehen.

Es bedarf keines Beweises, daß zu diesen Gegenständen vor Allem das Eisen als Rohmaterial wie als Halbfabrikat gehört. Gerade das Eisen ist ein Bedürfnis ebenso gut für fast sämtliche Gewerbe resp. für Herstellung von Handwerksgeräthen, wie für den Ackerbau und die Riederei. Es leidet keinen Zweifel, meint der "B. Kur.", daß mit Herabsetzung der Eisenzölle die wesentlich erhöhte Verwendung des Eisens und damit zugleich der Aufschwung von Gewerbe und Riederei und deren Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber Hand in Hand gehen, und daß dadurch wiederum die Volkswohlfahrt und die Steuerkraft erhöht werden würde.

Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Eine in politischen Kreisen wohl bekannte Thatache betrifft das Überwiegen des diplomatischen Einflusses Österreichs in England über den preußischen. Eine ganz auffallende Illustration hierzu findet sich in dem Verhalten der englischen Tagespresse zu der bekannten Deutschenangelegenheit. Es ist dieser Fall nämlich sehr vereinzelt. Ausnahmen abgesehen, fast total mit Stillschweigen überwanden worden, einzelne kurze Notizen über den Vorgang finden sich hier und da eingestreut, aber vergeblich wird man sich in den hervorragenden Blättern nach einer Beprechung des Vorgangs umsehen, der der sonst immer zu Reflexionen aufgelegten englischen Presse doch reichlichen Stoff geboten hätte. Die englische Presse schweigt, weil das, was sie zu sagen gehabt hätte, unbehaglich für die österreichische Regierung gewesen wäre und weil dieser mit Recht daran gelegen war, in diesem Fall kein Verdikt der öffentlichen Meinung in England zu Gunsten der preußischen Auffassung zu Stande kommen zu lassen. Der bekannte in so feierlichem Ton gehaltene Artikel der "Prov.-Korr." versicherte u. a. "Die befremdliche Thatache des Missbrauchs und der Entstellung einer fremden Depeche in einem amtlichen Werke können nicht verfehlten, bei allen Regierungen, mit welchen Österreich in Beziehung stehe, ein peinliches Aufsehen zu erregen." Leider fehlen die Beweise. Von französischer und italienischer Seite war in dieser Beziehung ohnehin nichts für Österreich zu beforschen und die einzige Stelle, an der ein Urteil von Gewicht hätte zu Stande kommen und als Beweis für die Behauptung der "Prov.-Korr." zitiert werden können, versagte ihren Dienst. Glauben Sie ja nicht, daß diese Vorgänge hier unbemerkt bleiben. Ich höre im Geiste von unterrichteter Seite, daß man im auswärtigen Amt noch an eine nachträgliche Remedy denkt, die auch möglicherweise eintreten kann und daß man nichts weniger als erbaut darüber ist, daß Graf Bernstorff, so wenig gegen seinen österreichischen Kollegen in London vermag. Der Fehler liegt freilich wohl weniger am Grafen Bernstorff als an dem ihm attaktirten Personal. Das bei dessen Zusammensetzung noch etwas anderes berücksichtigt werden sollte, als daß Bedürfnis diesem und jenem hoffnungsvollen Sprossen einer adeligen Familie Gelegenheit zum Eintritt in die diplomatische Karriere und zur Erlernung der englischen Sprache zu gewähren, würde leider zu vielen Traditionen widersprechen. — In der gestrigen Reichstagsitzung stimmte der Abg. v. d. Heydt für das vom Bundeskommissar v. Philipsborn bekämpfte Amendement Lasker, welches eine Entschädigung für die Aufhebung der Portofreizeiten nur dann gewähren will, wenn denselben Privatrechtstitel zu Grunde liegen, während die Vorlage den viel umfassenderen und in der That kaum zu übersehenden Begriff der speziellen Rechtstitel zu Grunde legte. Man sieht, daß Herr v. d. Heydt als norddeutscher Reichstagsabgeordneter Fortschritte in der Freiheitlichkeit macht. Die selbe Stellung soll er auch zu den Steuervorlagen einnehmen, obwohl man ihn meistens als deren Ueberhaupt betrachtet, und Freunde des Herrn v. d. Heydt versichern, daß er als Bundesfinanzminister die Sache ganz anders angegriffen haben würde und daß er keineswegs mit dem planlosen Quodlibet aller möglichen Steuertypen, zu dem man schließlich in der Not gegriffen, einverstanden sei. In der That kann man Herrn v. d. Heydt im Ganzen wohl mehr Geschick zuschreiben, ob er auf freiheitliche Reformen sich einlassen resp. solche vertreten würde, wird man in dessen bis zu abgelegten Proben, zu denen er auch als preußischer

ischer Minister Raum genug hat, billig bezweifeln. Als Zukunftsbundesfinanzminister ist er einigermaßen in der Lage der Kronprinzen, die sich stets einbilden freisinniger zu sein, wie das bestehende Regiment.

Graf v. Bismarck hat, wie die „B. B. Z.“ meldet, ebenfalls die Einladung zum Besuch Bremens angenommen. Er wird im Hause des Reichstagsabgeordneten H. H. Meier wohnen.

Wie verlautet, sollen für die Wiederbesetzung der durch den Tod des Vizepräsidenten v. Schiedemann erledigten dritten Vizepräsidenten Stelle des königlichen Obertribunals die Appellationsgerichts-Vizepräsidenten Simson oder Holzapfel in Aussicht genommen werden.

Der Geh. Ober-Reg.-Rath Noah, Dezerent für das Versicherungswesen im Ministerium des Innern, scheidet, wie die „D. Berl.-Ztg.“ berichtet, auf sein Ansuchen mit dem 1. Oktober aus dem Staatsdienste.

Die Fassung der Verträge mit der Schweiz ist festgestellt, so daß die Unterzeichnung binnen kurzer Frist zu erwarten steht. Es werden drei Verträge abgeschlossen werden; erstens: Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und der Schweiz; zweitens: Additional-Konvention zum Handelsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und der Schweiz, wozu der Beitritt der süddeutschen Staaten offen gehalten wird, wegen der Aktiengesellschaften; drittens: eine Literar-Konvention zum Schutz gegen Nachdruck zwischen dem Norddeutschen Bunde und der Schweiz.

Der Justizminister hat in Folge eines von der italienischen Regierung ausgesprochenen Wunsches von den gegen ihre Unterthanen bei diesseitigen Gerichten ergreifenden Strafverhältnissen Kenntnis zu erhalten, die Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten erster Instanz angewiesen, fünfzehn in allen Untersuchungssachen, in welchen gegen italienische Staatsangehörige rechtskräftig auf Strafe erkannt wird, beglaubigte Abschrift des Erkenntnisses dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten einzureichen.

Ein neuerer Ministerialbescheid bestätigt die Festsetzung, daß bei Gewerkschaften nur die juristische Person und nicht die, letztere bildenden Personen von den Stadtgemeinden zur Kommunal-Einkommensteuer herangezogen werden können. Wenngleich auch das Berggesetz den Gewerkschaften die juristische Persönlichkeit nicht beilegt, so hat es doch in konsequenter Fortbildung der den Gewerkschaften bereits durch das Gesetz vom 12. Mai 1851 gewährten corporativen Verfassung dieselben mit allen Eigenschaften der juristischen Person ausgestattet, und zwar im Anschluß an die, den Aktiengesellschaften im deutschen Handelsgesetzbuche gegebene Stellung. Die Aktiengesellschaften des Handelsgesetzbuches werden demgemäß auch gleich den juristischen Personen im Sinne des § 4 der Städteordnung von 1853 und der analogen Bestimmungen der westphälischen und rheinischen Städteordnungen zur Kommunal-Einkommensteuer herangezogen, ohne daß prinzipielle Zweifel gegen die Zulässigkeit dieses Verfahrens bisher als berechtigt anerkannt worden sind. In gleicher Weise werden auch die Gewerkschaften bezüglich der Kommunalbesteuerung als juristische Personen behandelt.

Ein Erkenntnis des königlichen Obertribunals vom 9. April d. J. lautet: Auch im Falle eines doppelt-rückfälligen Diebstahls fällt die Strafzurichtung nur dann weg, wenn zwischen der Abüßung der schwer verhängten Strafe und der Verübung des zweiten Diebstahls zehn Jahre liegen; es genügt dazu nicht, wenn zwischen jener Strafabbüßung und der wegen des zweiten Falles erfolgten Aburtheilung zehn Jahre verstreichen.

Gleich dem Minister des Innern hat auch der Finanz-Minister über den Wegfall der Denunzianten-Anttheile Verfügung getroffen, dergestalt, daß ein Anspruch auf Denunzianten-Anttheile auch aus Anlaß von Zu widerhandlungen gegen gesetzliche Vorchriften über die direkten Steuern nicht mehr erworben wird.

Die in dem stehenden Heere dienenden jungen Leute, welche im nächsten Herbst zwei Jahre ihrer Dienstzeit zurückgelegt haben, also im Herbst 1867 eingestellt worden sind und deren häusliche Verhältnisse es nötig machen, daß sie zu erst erwähnter Zeit zur Disposition des Regiments (auf Königswurlaub) entlassen werden, sollen schon jetzt den Ortsbehörden nachgewiesen werden, damit von diesen die gehörig unterstützten Anträge weiter befördert werden können.

Bu den beiden Körpersmannen des 1. und 2. preußischen Armeekorps wird in diesem Jahre für den Umlauf der norddeutschen Bundesarmee noch ein drittes Mannschaft in ungefähr der gleichen Truppenstärke hinzutreten. Es soll nach den darüber getroffenen neuen Bestimmungen die Ausgang August in der Gegend von Büdingen zusammengezogene großherzoglich hessische und die zu dem gleichen Beitraum bei Hanau konzentrierte 21. preußische Division für den 1. bis 3. September zusammenstoßen, um in der Gegend von Gelnhausen bis Frankfurt a. M. gemeinschaftlich größere Truppenübungen auszuführen. Sowohl der König von Preußen wie der Großherzog von Hessen werden sich hierbei gegenwärtig befinden und wird diese Truppenzusammenziehung mit einem Mannschaft bei Bergen ihr Ende erreichen, welches der Verlauf und die Vorgänge der vor 110 Jahren bei diesem Ort geschlagenen Schlacht zu Grunde gelegt werden sollen.

Die kürzlich im Reichstag stattgehabte Debatte wegen Beschäftigung von Kindern in Fabriken hat die Aufmerksamkeit der städtischen Schulkommissionen auf die bei den Theatern, vornehmlich im königlichen Ballettkorps beschäftigten Kinder gelenkt. Da die Proben und Übungsstunden hierfür immer Vormittags stattfinden, so liegt auf der Hand, daß von einem Schulbesuch wenig oder gar nicht die Rede ist, und wird bei den Eltern deshalb Nachfrage gehalten, so decken sie sich mit den Befehlen der Generalintendanten der Schauspiele als einer königlichen Behörde. Um nun hiergegen Abhilfe zu treffen, ist heute Morgen von einer der Schulkommissionen an Herrn v. Hülsen zunächst die Anfrage ergangen, inwiefern er dafür Sorge trägt, daß die bei der Oper und Ballett beschäftigten Schulkinder den gesetzlichen Schulunterricht erhalten.

Die bisher als gemeinschaftliches Eigentum des Norddeutschen Bundes und der Regierungen von Hessen und Baden betriebene Staats-Telegraphenlinie längs der Main-Nekar-Eisenbahn geht vertragmäßig vom 1. Mai d. J. ab, soweit die betreffenden Anlagen sich auf preußischem und großherzoglich hessischen Gebiete befinden, in das alleinige Eigentum des Norddeutschen Bundes, soweit sie sich dagegen auf großherzoglich badischem Gebiete befinden, in das alleinige Eigentum der großherzoglich badischen Regierung über. Demgemäß übernimmt die Telegraphenverwaltung des Norddeutschen Bundes den Betrieb und die Unterhaltung der genannten Staats-Telegraphenlinie bis zur hessisch-badischen Landesgrenze vom 1. Mai ab für eigene Rechnung und sind von denselben Termine ab sowohl die Bundesstationen als auch die zur Beförderung von

Privatdepeschen ermächtigten Eisenbahn-Telegraphenstationen der Main-Nekarlinie genau denselben Tarifbestimmungen unterworfen wie alle übrigen Bundes-Telegraphenstationen.

Memel, 5. Mai. Am späten Abende des 28. April wurde zwischen preußischen Schmugglern und russischen Grenzoldaten bei Schwedelin, unweit des von unserer Stadt etwa 2 Meilen entfernten Guts Medien, abermals ein grauenhafter Kampf, wobei ein Russ schwer verwundet und ein Pferd getötet worden, mit entschärftiger Wuth ausgeführt. Die moralische Verwahrlosung unserer Grenzbewohner tritt bei solchen Gelegenheiten noch auf eine beklagenswerthe Weise dadurch hervor, daß sich häufig Individuen finden, welche neidisch auf den zu erwartenden Dienst ihrer Landsleute und durch die Denunziantenprämie der Russen geblendet, den Schmugglertransport verrathen. Das war auch diesmal der Fall; die Bande mußte der bedeutenden Übermacht der Russen weichen. (A. P. B.)

Aus **Nassel** wird berichtet, daß man dort den Bau einer Bildergalerie und andere bauliche Veränderungen in Kürze erwartet. Die Ausgaben werden aus dem mit Beschlag belegten kürfürstlichen Vermögen bestritten werden. Bei Beratung des bezüglichen Gesetzes hatte bekanntlich Graf Bismarck versprochen, daß die zahlreichen Vernachlässigungen des verlorenen Kurfürsten jetzt aus dessen Gelde — wenn auch nicht mit Zustimmung desselben — gut gemacht werden sollen.

B. P. C. **Hannover**, 7. Mai. Gestern Nachmittag sollte die Eröffnung des Sommergartens in dem sehr bekannten Welfenlokale „Odeon“ stattfinden, und waren zu dieser Gelegenheit grohartige Vorbereitungen getroffen worden. Mehrere laufend, Getreuer waren bereits auf der Wallfahrt nach Odeon begriffen als man plötzlich — o Schrecken — eine mächtige schwarz-weiße Farne hoch über dem gelb-weiß gedämpften Boden im Garten des Odeon sich entfalten sah. Es hatte der Besitzer des im Odeon befindlichen Garren-Bauern-Hauses schon längere Zeit bei den treuen Welsen im Geruch nationaler Gesinnungen gestanden, und da derselbe zur Verantwortung darüber gezogen seine Sympathien für die nationale Sache nicht leugnete, so alzianierten ihn die Getreuen auf jede nur mögliche Weise. Daß der in seinem Interesse durch jene kleinstlichen Machinationen gefleckte Besitzer jener Verkaufsstube sich revangiren würde, und namenlich durch Aufhissen einer preußischen Fahne auf seinem Besitz in dieser weltlichen Umgebung, hatte man nicht erwartet. Wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel wirkte diese That auf die armen Getreuen. Natürlich wurde sofort verkündet, daß Umstände halber die Eröffnung des Odeons nicht stattfinden könne. Nun will man, da der Besitzer der schwarz-weißen Fahne, dieselbe mit Argwohn bewacht, die treuen Welsen erfaßt an den verhafteten Anblick zu gewöhnen suchen, über den sie sich so sehr entsezt.

Worms, 9. Mai. (Tel.) In Folge der Aufforderung des Papstes an die Protestant, in den Schoß der römisch-katholischen Kirche zurückzukehren, hat der hier ständige geschäftsführende Ausschuß der süddeutschen Protestantenversammlung mit einer Anzahl protestantischer Männer aus Baden, Hessen, Nassau und Bayern beschlossen, auf Montag den 31. Mai eine Versammlung deutscher Protestanten nach Worms einzuberufen, um auf die Aufforderung des römischen Stuhles eine Antwort aus dem Munde des protestantischen Volkes zu ertheilen. Dem festgestellten Programm gemäß wird Sonntag den 30. Mai Abends der erweiterte Ausschuß zusammenkommen, und Montag Vormittag die Hauptversammlung stattfinden, welche mit einem festlichen Zuge nach dem Lutherdenkmal schließen soll. Der betreffende Aufruf ist u. A. unterzeichnet von Bluntschli, Sachs, König, Schenkel, Schellenberg, Zittel (Heidelberg), E. Karp, Merk, E. Ohly (Darmstadt), Schröder (Worms), Schire, Fresenius (Wiesbaden), Provence (Pforzheim), Neuning (Nidda).

Ö ster r e i ch.

Wien, 8. Mai. Der konfessionelle Ausschuß des Reichsraths hat eine Resolution angenommen, das Ministerium aufzufordern, wegen Aufhebung des Konkordats, insosfern dies nicht bereits durch das Staatsgrundgesetz und sonstige erlassene Gesetze geschehen ist, und wegen geleglicher Regelung der durch das Konkordat berührten Staatsgrundgesetzgebung in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen. — Die Schulkommission des Herrenhauses empfiehlt die unveränderte Annahme des Volksschulgesetzentwurfs in der vom Unterhause angenommenen Fassung. — Obgleich das Abgeordnetenhaus noch viele Gesetzentwürfe zu erledigen hat, so wird doch die Session am 15. d. geschlossen werden und wird das Haus gezwungen sein, in der nächsten Woche Doppelsitzungen zu halten. — Die „Wiener Ztg.“ zeigt heute die Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Reichsgerichtes an. Präsident wurde Freiherr Karl Krauß, der ehemalige Justizminister und pensionirte Präsident des obersten Gerichtshofes; Vizepräsident der Senatspräsident am obersten Gerichtshof, Freiherr v. Szymonowicz. Beide sind Mitglieder des Herrenhauses.

Prag, 7. Mai. Der Papst hat dem Rektor in einem eigenen Schreiben für die bewährte katholische Gesinnung der Prager Universität gedankt. — Statthalterei-Leiter F. M. Koller bereift einige Kreise Böhmens behufs Inspizierung derselben. — Die czechische Partei redet sich neuerdings in eine immer noch obstinatare Opposition hinein. Das Prager Echo-Organ fordert als Vorbedingung jeder Ausgleichsverhandlung vom Reichskanzler Sturz des Ministeriums, und das „Vaterland“ erklärt, daß „in Böhmen keine irgendwie nennenswerthe Fraktion besteht, welche die verhönlische Hand der berufenen Faktoren zurückweisen, aber auch keine Partei, die mit dem „Eiselihanismus“ paktieren würde.“

S a w e i z.

Bern, 7. Mai. Durch Besluß des Bundesraths ist Mazzini der fernere Aufenthalt in den Kantonen Waadt, Genf, Neuenburg, Solothurn, Bern und Basel unterfangt worden. Ein gleiches Verbot, jedoch nur auf die an das Königreich Italien grenzenden Kantone bezüglich, ist für die notorisch mit Mazzini in Verbindung stehenden Personen erlassen.

F r a n c e i .

Paris, 8. Mai. (Tel.) Der Staatsminister Rouher ist durch ein Dekret des Kaisers beauftragt worden, während der Abwesenheit des Marquis de Lavalette die Leitung des Ministeriums in auswärtigen Angelegenheiten interimistisch zu übernehmen. — „France“ und „Public“ melden die Ernennung der französischen Mitglieder zur französisch-belgischen Kommission. Ernannt sind der Generaldirektor der öffentlichen Arbeiten de Franqueville, der Präsident der Sektion des Staatsraths für öffentliche Arbeiten Cornudet und der Ingenieur en chef Combes.

S p a n i e .

Madrid, 8. Mai. (Tel.) In der gestrigen Sitzung der Cortes wurde der Entwurf einer Anleihe zum Zwecke des Loskaufs der in der Provinz Madrid (nicht Stadt) Konkurrenzirten vorgelegt. Die geforderte Summe beträgt eine Million Piaster. Demnächst wurde der Antrag Drenie's auf Gewährung vollständiger individueller Freiheit mit 124 gegen 58 Stimmen verworfen, und hierauf die Verathung über den Antrag Figueras-Primtzall auf Gewährung vollständiger Pressefreiheit begonnen. — In

der heutigen Sitzung wurden die Artikel 23 bis 27 der Verfassung, betreffend die Freiheit des Domizils und der Industrie, sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern angenommen. Darauf stand über das Amt des Groß-Almoseniers eine lange Debatte statt. In Beantwortung einer Interpellation wies General Prim den Vorwurf, nach der Diktatur zu trachten, energisch zurück; sein einziger Wunsch sei, die Errungenhaften der Revolution bestigt zu sehen. Der General äußerte ferner, die Regierung kenne die wahre Lage Kataloniens, er könne versichern, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges nicht vorhanden sei.

I t a l i e n .

Florenz, 7. Mai. (Tel.) Auf eine Anfrage über das Vernehmen zweier Kapitäne von der italienischen Handelsmarine bei dem Untergange der österreichischen Fregatte „Radeck“ erwiderte der Marineminister in der Deputirtenkammer, er bedauere das schuldvolle Verhalten der Kapitäne; eine Untersuchung gegen dieselben sei eingeleitet.

Rom. Dem „Journal des Débats“ wird von hier unterm 30. April geschrieben:

Die politischen Verurtheilten, denen die Gnade gewährt wurde, ihre Gefangenheit mit der Verbannung zu vertauschen, entschließen sich nach und nach, von der Wohlthat dieser beschränkten Amnestie Gebrauch zu machen. Venanzi und Locatelli haben darin gewilligt, die Erklärung zu unterzeichnen, welche ihnen auferlegt worden ist. Wahrscheinlich werden alle Anderen ihrem Beispiel folgen. — Nun die Feste zum Jubiläum des Papstes vorüber sind, scheint die römische Kurie den vorbereitenden Arbeiten für das Konzil einen stärkeren Impuls geben zu wollen. Diese Arbeiten sind noch zu wenig vorgerückt, als daß etwas Näheres über sie verlauten hätte, man weiß nur, daß ihr Program sehr umfangreich ist. Der römische Clerus sieht den Zusammentritt des Konzils ziemlich scheel an. Die Prälatur fürchtet, daß ihr ein Theil ihrer Privilegien zu Gunsten des Episkopats der ganzen Welt entzogen werden könnte; der Ordensclerus hat Sorgnisse vor der Reform und Unifikation seiner Statuten und der weltliche Clerus zittert davor, die Freiheit seiner Bewegungen durch strenge Maßregeln eingeschränkt zu sehen, und da alle diese Leute in täglicher Berührung mit allen Klassen der Bevölkerung sind, so ist die Folge davon, daß die Römer selbst sich gegen diese Verfassung feindselig zeigen. Man glaubt deshalb auch allgemein, daß ihre Dauer sich nicht über das St. Petersfest des nächsten Jahres hinaus erstrecken wird.

G roß b r i t a n n i e u n d I r l a n d .

London, 6. Mai. Die Regierung, schreibt die „Köl. B.“, hat sich einigermaßen verrechnet. Verleitet durch den befallenen Buruf, mit dem ihre Ankündigung, daß sie strafrechtlich gegen den Mayor von Cork einschreiten werde, vom Unterhause aufgenommen worden war, hatte sie gewußt, daß ihre bezügliche Bill ohne jeden Widerspruch durchgehen werde. Dabei ließ sie jedoch zwei hindernde Punkte aus ihrer Berechnung: die gerechten Bedenken des Parlaments gegen jeden Antrag, der in das alte Gemeinderecht eingreift, und die Lust der Opposition, als solche ihre Schuldigkeit zu thun, auch da, wo sie im Herzen der Regierung zustimmt. Beide stand der Wandel eines ganz entsprechenden Präzedenzfalles im Wege. Doch wurde von Seiten Gladstones und Anderer der sogenannte Porteous-Fall angeführt. Kontinentale Leute wird der selbe zum Theil vor das Gedächtnis treten, wenn sie sich an Walter Scotts Roman „The Heart of Midlothian“ erinnern. In ihm wird die Scene meisterhaft geschildert, die zu der Amtsentsezung des damaligen Provost von Edinburgh Veranlassung gab. Porteous war Amtsführer der Stadtwache und als solcher nichts weniger als beliebt. Deshalb beliebter ein früher Schmuggler. Als dieser gefangen und hingerichtet werden sollte, haite Porteous die Wache auf dem Richtplatz, und keine leichte Arbeit mag es gewesen sein, die Volksmassen von der Freiung des Verurteilten abzuhalten. Zeigt, als seine Leute mit Steinen beworfen wurden, ließ er in die Menge feuern, Mehrere fielen und der Schmuggler wurde hingerichtet. Das war im Jahre 1786. Nun wurde ein Prozeß gegen Porteous angestrengt. Die Geschworenen erkannten gegen ihn auf Worf, da er unmöglich mehrere unschuldige Stadtburgers veranlaßt habe, und das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Weil die Krone ihn jedoch begnadigte, wurden die Stadtburgers müthig, ein Pöbelkampf riß ihn gewaltsam aus dem Gefängnisse und knüpfte ihn an einen Balken mitten auf dem Grassmarkt auf, so daß er seinen Tod fand. Darauf hin wurde der damalige Bürgermeister von Edinburgh, Alexander Wilson, auf Antrag Lord Carterets vor dem Oberhause angeklagt, mit seinem den übrigen Stadtbehörden den Aufstand aufgemunkelt oder doch das Nöthige zu dessen Unterdrückung veräussernt zu haben. Den Schluß bildete die Annahme der bezüglichen Bill, daß Wilson seines Amtes entsezt und sein Leben lang mit keinem anderen weiter betraut werden dürfe. Diese Bill, die unter dem Namen der „Wilson's Disabilities Bill“ in der gestrigen Unterhause oft zitiert wurde, sollte als Präzedenzfall für O'Sullivan erhalten, und da sie der einzige Fall dieser Art in der ganzen Parlamentsgeschichte Englands ist, hätte sie dazu vollkommen gepaßt, wenn das beantragte Verfahren gegen O'Sullivan nicht in einem Punkte von dem gegen Wilson beobachteten abgewichen wäre. Dieser war nämlich vor dem Oberhause angeklagt worden, dem er unmöglich vor dem Unterhause verhandelt werden soll, daß sich keiner solchen Beugnis rühmen kann. Dies ist ein Punkt, der Vielen bedeutlich erscheint, denn einen Angeklagten ohne beeidete Zeugen zu verurtheilen, spreche gegen den Geist und das Wort des englischen Gesetzes. Zur Befreiung dieser Bedenken wurden nun eine Menge Gründe angeführt, deren Wert hier nicht weiter erörtert werden soll. Charakteristisch aber ist und bleibt es, daß es keinen Einzigsten auch nur in den Sinn kam, das vom Oberhause dessen Recht auch für das Unterhause in Anspruch zu nehmen. So wird denn am Dienstag ein Schauspiel bei dem getreuen Gemeinen zu sehen sein, das ohne Beispiel in der englischen Geschichte ist, worauf sich aber nach Hundert und aber Hundert Jahren vielleicht wieder einmal eine Regierung berufen wird. Daß der Dr. O'Sullivan Grund haben werde, sich über unbillige Behandlung zu beschagen, glaubt kein Mensch. Auch Maguire nicht, der als Vertreter von Cork sich seiner nothgedrängten annehmen mußte, aber keine bessere Entschuldigung fand, als die, daß er ein Glas Wein zu viel getrunken habe; und auch Israel nicht, der alles, was jetzt in Irland böses geschieht — folglich auch das hier verbreinte Treiben O'Sullivan's — der Begnadigung der Leute zuspricht. Dem Angeklagten steht es frei, sich einen Vertheidiger zu wählen, und für den Verlust seines Amtes wird ihn wahrscheinlich die gesteigerte Buneigung des Rektor Pöbels hinlänglich entschädigen. Vielleicht vertraft ihm diese bei den nächsten Wahlen schon einen Sitz im Unterhause, das sich eben anschlägt, ihn zu verurtheilen. Das ist gar nicht unmöglich. Bemerkt doch schon Oberst French in der Sitzung, die neue Bill „Beugs Amtsentsezung O'Sullivan's“ solle lieber genannt werden, die Bill „Beugs Forderung der Wahl O'Sullivan's zum Parlamentsmitglied für Cork“. Unbedeutend, wie der ganze Vorfall an sich ist, empfiehlt sich seine Behandlung durch das Parlament doch der Aufmerksamkeit aller, die sich für das parlamentarische Wesen in England interessieren; vor Allem durch die Sorgfalt, mit der jeder ungewöhnliche Eingriff in das Recht des Einzelnen und der Gemeinde erörtert wird. Ständen nicht die Pfingstferien vor der Thür, wer weiß, wie viele Nächte dieses O'Sullivan-Rausch noch verschlingen würde. — Aus Cork meldet der Telegraph noch immer die absonderlichsten Vorgänge; daß es dem Mayor, O'Sullivan, nicht an einer kräftigen Partei fehlt, sieht fest. Auf einem Monstremeeting unter freiem Himmel erhielt der ehemalige Herr eine Belobigung, darauf zog ein Volkshaus vor seine Befreiung und rief ihm begeisterte Hurrahs zu, worauf er eine Rede hielt, jede Sympathie mit Mordhatten in Abrede stellte und seinem Vertrauen auf Gladstone und Bright Ausdruck gab. Am Abende brannten vielfach Freudenfeuer, in deren Scheine über die ganze Stadt Plakate angeschlagen wurden, welche Alderman Lyons — derselbe war am entschiedenen gegen das Benehmen des Mayor aufgetreten — als einen Spion, Verräther und Angeber denunzierten. Derselbe hat auch schon einen Drohbrief erhalten, in welchem ihm der Tod durch Erstickung vor dem 15. d. angekündigt wird.

Die letzten Vorgänge in Irland nehmen noch immer einen großen Theil der öffentlichen Aufmerksamkeit in Anspruch. Wie neuerdings erbellt, war in London nur eine Partei, die Protestant, am Platz, als Feuerwaffen gebraucht wurden. Die Katholiken hatten sich nach einem unbedeutenden Handgemenge, bei dem es nur zu einigen Beulen kam, zurückgezogen

während etwa 200 Protestanten sich noch mit Lärm, Steinwerfen und Schießen erfreuten. Steinwürfe und Schüsse waren demnach nicht auf einen Volksaufstand der anderen Partei, sondern gegen die Polizei gerichtet, woraus sich denn auch erklärt, daß diese das Feuer erwiderte. Die Leichenschau über die beiden Opfer des Krawalls hat ihre Untersuchungen beendigt und als deren Ergebnis festgestellt, daß der eine der beiden Männer von der Polizei erschossen wurde, während sich dies in Bezug auf den anderen nicht mit Bestimmtheit behaupten läßt. Das Verdict enthält einen scharfen Tadel gegen die Behörden, daß sie die nötigen Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung vernachlässigten, und gegen die Polizei, daß sie — obwohl durch Feuerwaffen angegriffen — ohne vorherige Warnung in den Volksaufstand hineinfuhrten.

Rußland und Polen.

— Fürst Menschikow, Admiral, Generaladjutant und Mitglied des Reichsraths, berühmt aus dem letzten orientalischen Kriege, ist am 1. Mai nach kurzer Krankheit im Alter von 81 Jahren hier gestorben. In Westeuropa war der Verstorbenen gewiß durch sein bekanntes Auftreten in Konstantinopel (Menschikows „Paletot“) berühmt geworden; hier galt er als „geistreichste“, d. h. witzigste und bissigste Mitglied des Reichsraths, ein Umstand, der ihm nicht immer Freunde unter seinen Kollegen machte.

Türkei und Donausfürstenhämmer.

Bukarest, 7. Mai. Die Kammer wird am 11. d. M. vom Fürsten in Person eröffnet werden.

Norddeutscher Reichstag.

27. Sitzung.

Berlin, 8. Mai. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrats Graf Bismarck, Delbrück, Pape, v. Philipsborn. Der Abg. Mende ist wieder im Hause.

Die zweite Berathung des Gesetzes, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe beginnt mit der Spezialdiskussion des § 1: „Die Gerichte des Bundesgebietes haben sich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig Rechtshilfe zu leisten.“ Es macht keinen Unterschied, ob das ersuchende und das ersuchte Gericht denselben Bundesstaat oder ob sie verschiedenen Bundesstaaten angehören. — Das ersuchte Gericht darf die Rechtshilfe selbst dann nicht verweigern, wenn es die Zuständigkeit des ersuchenden Gerichtes nicht begründet hält.

Abg. Reichensperger hält es für bedenklich, daß sich die Bestimmungen des Gesetzes auch auf das Verhältnis der Gerichte eines und desselben Staates beziehen. Man greife damit, ohne daß ein praktisches Bedürfnis vorliege, in das Prozeßverfahren der Einzelstaaten ein, während der Art. 4 Nr. 11 der Bundesverfassung ausdrücklich nur das Verhältnis der Bundesstaaten unter einander im Auge habe; daher der zweite Satz des § 1 gestrichen werden müsse.

B.-Komrn. Pape behauptet auf Grund des Art. 4 Nr. 11 und 13 die Kompetenz der Bundesgesetzgebung, auch die Rechtshilfe innerhalb der Einzelstaaten zu regeln.

§ 1 wird hierauf unter Ablehnung des Amendements Reichensperger angenommen.

Die Diskussion über die übrigen Paragraphen des Tit. I., der von der Rechtshilfe in bürgerlichen Streitigkeiten handelt, knüpft sich an eine Reihe Themen, die noch gar nicht gedruckt vorliegenden Amendements, die, soweit sie nicht rein formeller Natur sind, sämmtlich abgelehnt werden. Die Autoren des Hauses, namentlich Abg. Reichensperger, Schwarze, Kirchmann, Lessing u. a. begleiten die einzelnen Paragraphen durch Fragen über Bedeutung, Umfang und Tragweite der verschiedenen Bestimmungen, auf welche der Bundeskomm. Pape keine Sicht. Die ganze Debatte hat einen durchaus geprägt juristischen Charakter.

Der zweite Abschnitt (§§ 20–32) handelt von der Rechtshilfe in Strafsachen.

Abg. Kannegießer beantragt die Überweisung dieses Abschnittes an eine Kommission, da ohne eine gründliche Erörterung und Änderung die Ablehnung sehr wahrscheinlich sei.

Abg. Graf Bassewitz will die Gelegenheit benutzen, einige gegen Mecklenburg gerichtete Vorwürfe zurückzuweisen, die bei der ersten Berathung des Gesetzes erhoben worden, als er sich ausnahmsweise eine halbe Stunde außerhalb des Saales befunden. So habe der Abg. Reichensperger behauptet, er wisse nicht genau, ob in Mecklenburg die Prügelstrafe noch heute in demselben Maße wie früher. Wenn derselbe sich hätte informieren wollen, so würde er gewußt haben, daß seit der Verordnung von 1865 die förmliche Büchtigung in Mecklenburg auf Grund richterlicher Erkenntnisse unter keiner Bedingung zulässig und daß der frühere Maß der Prügelstrafe nur eine Erfindung der Presse sei. Ebenso habe der Abg. v. Kirchmann von einem geheimen Inquisitionsverfahren der Einzelgerichte gesprochen, während tatsächlich die Einzelgerichte für Strafsachen nicht kompetent seien. Vielmehr werden für diesen Zweck Kriminalkollegien gebildet, deren Entscheidung eine öffentliche Schlufverhandlung vorhergehe. Die Behauptung, daß das mecklenburgische Strafverfahren und Strafrecht im Argen liege, sei zurückzuführen auf den Standpunkt, der davon ausgehe, daß alles das, was man nicht sehe, im Argen liege. Von demselben Standpunkte müßte man überhaupt die meisten gegen Mecklenburg erhobenen Vorwürfe beurtheilen, zu deren allerlettiger Beantwortung eine ebenso gute Laune als Lunge gehöre.

Abg. Schwarze wiederholte seine bereits bei der ersten Berathung gegen den zweiten Abschnitt gelten gemachten Bedenken und empfiehlt deshalb gleichfalls den Kannegiecherschen Antrag, um das in reichem Maße vorhandene Material technisch durcharbeiten zu können. Bei dem Interesse, daß jeder Jurist und namentlich Kriminalist für den vorliegenden Stoff mitbringe, werde die Arbeit schnell gefördert werden und es sei kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß der Entwurf in der Kommission begraben bleibe.

Abg. Reichensperger (persönlich): Aus der Bemerkung des Abg. v. Bassewitz geht nur hervor, daß die Prügelstrafe auf Grund richterlicher Erkenntnisse beseitigt ist, ich lese also zwischen den Zeilen, daß sie als polizeiliche Strafe noch fortbesteht, und ob die letztere nicht gleichfalls in das Gebiet des Gesetzes gehört, scheint mir noch zweifelhaft, da eine Unterscheidung nirgend gemacht ist.

Abg. Gr. Bassewitz: Als polizeiliche Strafe existiert die Prügelstrafe allerdings noch, (Ahal) aber nur in zwei Fällen, nämlich gegen solche, die sich wiederholt als Trunkenbolde gezeigt, und bei denen sich alle andern Strafen erfolglos bewiesen haben (Heiterkeit) und dann, wenn die betreffende Person ganz besonders dazu geeignet ist. Ich meine Spizzibuben. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag des Abg. Kannegießer auf Überweisung des noch übigen Theils der Vorlage an eine Kommission wird angenommen.

Es folgt die zweite Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes.

§. 1 der Vorlage lautet: Die Portofreiheit der Häuser und Mitglieder der Regentenhäuser sämtlicher Staaten des Norddeutschen Bundes bleibt in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Becker will folgende Fassung: Den regierenden Fürsten des Norddeutschen Bundes verbleibt für ihre Person die Befreiung von Porto- und Telegraphen-Gebühren in dem bisherigen Umfange.

Abg. Dr. Wigard beantragt die §§ 1, 2 und 4, die die Portofreiheit für Regenten, Bundesdienst- und Reichstagsangelegenheiten aufrecht erhalten, zu streichen.

Abg. Wigard: Portofreiheit ist nur gerechtfertigt, wo sie in der Natur der Sache begründet, oder im Interesse des Staatswohls geboten, oder durch Verträge titulio oneroso erworben ist. Keine von allen diesen Bedingungen ist für die Befreiungen der Regenten zutreffend. Man behauptet, die Portofreiheit sei überhaupt eine Prärogative der Krone, dies ist nicht richtig; so lange wir überhaupt noch Fürsten haben, will ich in die ihnen einmal eingeräumten Rechte nicht eingreifen, eine solche Prärogative liegt aber hier nicht vor, die Königin von England z. B. besitzt dieselbe nicht. Ein Bedürfnis scheint mir gleichfalls nicht vorzuliegen, denn die Zivilisten der meisten Regenten ist hoch genug bemessen, um alle ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Ich glaube, wir würden den Herrn sogar einen Gefallen thun, wenn wir ihre Portofreiheit aufheben, denn es kann ein solches Privilegium auf sie doch unmöglich einen angenehmen Eindruck machen. Was von den Häusern, gilt in

noch höherem Grade von den Mitgliedern der fürstlichen Familien, die in privatrechtlicher Beziehung mit jedem Staatsbürger auf gleicher Linie stehen. Diese stehen überdies durch ihre bedeutende Apanage günstig genug, um ein solches Vorrecht entbehren zu können, während die Zahl für den Etat der Postverwaltung sehr bedeutend erscheint, wenn man erwähnt, welche Zahl von Prinzen und Prinzessinnen uns der Abg. Becker allein aus dem Hause Lippe auf Grund des genealogischen Kalenders nannte. Ebenso glaube ich, daß die Portofreiheit für Bundesdienstangelegenheiten zu bestitigen ist, da die Etats der einzelnen Verwaltungszweige nur dann übersichtlich und klar zu Tage treten, wenn sie nicht durch Titel, die in andere Etats gehören, beschwert sind. Feder Kaufmann wird in dieser Weise seine Bücher führen. Der Einwand, daß man durch Aufhebung der Portofreiheit für Dienstfachen das Geld nur aus einem Theil in den andern derselben Häuser stelen würde, ist nicht maßgebend, denn sonst müßte man auch die Besteuerung der Staatsbeamten beitreten. Dieselben Gründe sprechen für Aufhebung der Portofreiheit für Bundesrat und Reichstag und ich will deshalb nur eine einzige Begründung bezüglich der Portogebühren aufrecht erhalten wissen, nämlich für das Militär. Der Soldat hält sich im Dienste des Staates nicht freiwillig, sondern zwangsweise an dem Orte seiner Garnison auf und wir geben ihm deshalb durch eine Portovergünstigung nur eine gerechte Entschädigung.

Abg. Graf Kleist hält den Antrag Wigard für unannehmbar, weil das Gesetz sonst mit den Worten beginnen würde: „Auf Fahrtpostsendungen zwischen den hohenzollerschen Landen und dem übrigen Postgebiet finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.“ (Gelaßter)

Abg. Dr. Becker: Das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen durchdringen und bedingen sich gegenseitig so sehr, daß ich es für durchaus notwendig halte, auch das Telegraphengebührenwesen mit in das Gesetz hineinzuziehen. Die Folge würde sonst sein, daß diejenigen, denen jetzt Porto- und Telegraphenfreiheit zusteht, wenn sie die erste verlieren, einen um so umfangreicherem Gebrauch von letzterer machen werden. Der Mißbrauch in dieser Beziehung ist größer als Sie gewöhnlich glauben, so sagte mir ein Postbeamter, daß der Ausfall, den der Staat Preußen durch Nutzung der Brief- und Paketportofreiheit Seitens seiner 45 Prinzen und Prinzessinnen erleidet, größer ist, als der Etat seines gesamten Postwesens beträgt. (Heiterkeit) Aehnlich verhält es sich mit den freien Telegrammen. Nach der Versicherung eines darüber wohl unterrichteten Mannes ist die Zahl der freien Staatstelegramme, welche gar kein Staatsinteresse berühren, allein in Preußen auf jährlich 25,000 zu veranschlagen. (Hörer!)

Prä. Delbrück warnt im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes vor dem hereinziehen fremder Fragen. Der Telegraphenvorlehr steht wohl in einem gewissen äußeren Zusammenhang mit dem Postwesen, werde aber keineswegs dadurch bedingt. Ueberdies sei durch Artikel 48 der Verfassung das Telegraphengebührenwesen der Gesetzgebung entzogen und der Verwaltung überlassen; es sei nicht empfehlenswert, ein Gesetz dazu zu benutzen, durch Beschränkung der der Verwaltung zustehenden Rechte bei laufender Änderungen der Verfassung einzuführen.

Abg. Wigard konstatirt mit Genugthuung, daß Abg. Graf Kleist gegen seinen Antrag nicht einen materiellen Grund habe anzuführen können.

Abg. Siegler ist mit dem Abg. Becker der Überzeugung, daß das Porto- und Telegraphenwesen am zweitmäßigsten zusammen behandelt werden.

Die vom Prä. Delbrück dagegen getilgte Gründung beruhen auf einer Interpretation der Verfassung, die die künftigen bisherigen Versuche übersteigen. Wäre die Auffassung richtig, so hätte es die Verwaltung in der Hand, durch Einführung allgemeiner Telegraphenfreiheit das ganze Budgetrecht des Hauses bezüglich des Etats der Telegraphenverwaltung illogisch zu machen, über die Unrichtigkeit der Interpretation aber läßt schon der Art. 70 keinen Zweifel. In welcher Weise die Telegraphenfreiheit genutzt wird, ist kaum zu glauben; so werden seitenslangen Erkundigungen nach einer im Wochenbett sich befindenden Dame eingezogen, die ungeheure Summen kosten, und wenn ich auch gern einräume, daß man sich für so wichtiges historisches Ereignis erwärmen kann (große Heiterkeit), so mag man dies doch nicht aus der Tasche des Volkes thun in einer Zeit, wo man eine wahre Steuerjagd eröffnen muß, um den Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden. (Sehr wahrs!) Es wird uns mit Scheffeln genommen, geben Sie uns wenigstens mit Bößeln wieder.

Abg. v. Kirchmann: Wenn der preußische Landtag das unbestrittene

und von der preußischen Regierung selbst anerkannte Recht hat, über Egemtionen bei der Gebührenleistung für telegraphische Depeschen mitzuprednen, wie kann man es dem Reichstag absprechen?

Prä. Delbrück bestreitet die Richtigkeit dieser Auffassung auf das Bestimmtste, indem er aus den telegraphischen Berichten eine Erklärung des Handelsministers Grafen Dzenplik verliest, welche die einseitige Bestimmung des Tarifs für Telegramme durch die oberste Verwaltungsbehörde konstatiert. Anders sieht die Frage bei den Kosten, welche die Beförderung durch die Post verlangt. Was die Portofreiheiten betrifft, so können diejenigen, die auf dem Verwaltungsweg verliehen sind, auf demselben Wege wieder aufgehoben werden. In Betracht der übrigen kann nur der gesetzliche Weg eingeschlagen werden und diesen Zweck verfolgt die Vorlage.

Abg. Siegler beruft noch einmal das Budgetrecht des Hauses, das gleichmäßig offiziert werde, man mag neue Einnahmen von ihm verlangen oder die aus den alten Quellen fließenden willkürliche verfügen. Abg. Lasker empfiehlt die Amendements abzulehnen, um das Zustandekommen der Vorlage nicht zu fören, die einen entschiedenen Fortschritt bezeichnen und eine Pflicht gegen die kleinen Staaten erfüllen, weil Preußen auf ihre Kosten in dieser Sache Vortheil habe.

General-Postdirektor v. Philipsborn bittet um Ablehnung der Amendements. Die Portofreiheit für regierende Häuser, ein hergebrachtes

Ehrenrecht, das sich fast in sämtlichen Staaten Europas und in allen Postverträgen wiederfindet, wird den fürstlich-mäßigen Mitgliedern der regierenden Häuser gewährt. Und obwohl dieser Begriff nicht vollkommen festgestellt ist, so ist doch eine hinlänglich starke Deklaration desselben vorhanden, um auf Grund dieser Deklaration den Anspruch auf Portofreiheit abzulehnen, wie in einzelnen Fällen geschehen ist. In dem Postvertrage mit den thüringischen Staaten, der dem Könige von Preußen das Recht der Anstellung der Postbeamten gewährt, ist ausdrücklich die Portofreiheit der regierenden Fürsten zu Grunde gelegt, so daß mit Anscheinung dieser Freiheit der Vertrag selbst in Frage gestellt sein würde. — Der Herr Kommissar verliest darauf eine Zusammenstellung der an sämtlichen Höfen bestehenden Portofreiheiten; die Ausnahmen, wie England, wo sie ganz unbekannt ist, wie Italien, wo der König nur für ankommende Briefe und Pakete die Freiheit genießt, für abgehende aber nur, wenn sie an Funktionäre des Staates gerichtet sind, wird mit: hört! hört! aufgenommen. Wie weit die Ausdehnung des Privilegiums reicht, darüber sind ebenfalls Erkundigungen in andern Staaten eingezogen worden, die jedoch ihre natürliche Grenze haben. Sicher ist nur, daß Mißbrauch hier und da stattfindet und schwer zu vermeiden ist. Wollte man in § 1 die Portofreiheit durch Einschaltung auf die Mitglieder der regierenden Häuser in Person eingeschränkt, so würde daraus folgen, daß einem Padet, daß der Souverän abhängt, ein eigenhändiges Schreiben desselben beigelegt wird. Die Verwaltung wird über den engsten Gebrauch des Privilegiums durch die fürstlich-mäßigen Mitglieder der regierenden Häuser wachen.

Abg. v. Hooverbeck weiß nach, daß der Herr Kommissar mit sich selbst in Widerspruch stehe, da er für die Postbefreiungen, die doch auch nur reglementarisch eingeführt seien, ein Gesetz einbringe; dasselbe gelte für die Telegraphen-Gebühren. Wolle man hier ein Ehrenrecht statuiren, so hätten die Mitglieder des Reichstages ebenso viel Anspruch diese Ehre.

Abg. Siegler: Die Portofreiheit ist ein Vortheil, aber kein Ehrenrecht,

denn es ist keine Ehre, einer allgemein von allen Bürgern getragenen Ausgabe auszuweichen.

Wenn man einem englischen Lord damit läßt: „Du sollst weniger bezahlen als dein Mitbürger und zwar als Ehrenauszeichnung, so würde er rufen: O for shame! Bleiben Sie mir vom Leibe!“ Ist die Portofreiheit aber ein Ehrenrecht, warum will man sie abschaffen? Ich bin überhaupt kein Freund von Ablösungen. Es löst sich mit der Zeit so manches von selbst ab: die Königin von England hat keine Portofreiheit mehr, — wir werden auch dahin und noch weiter gelangen. Ich könnte in diesem Sinne ein Amendment stellen, will mich aber darauf beschränken, seinen Inhalt dem Herrn Bundeskommissar zur Benutzung bis zur Ablösung von selbst oder durch Gesetz zu empfehlen. Wir brauchen ja nur jedem Prinzen und jeder Prinzessin aus den bündesfürstlichen Häusern vom 18. Lebensjahr mit jährlich 1000 Groschenmarken zu dotieren, das macht auf den Tag circa drei Briefe und wird ausreichen (Heiterkeit). Dem Abg. Lasker hat v. Hooverbeck schon in Bezug auf seine Furcht vor dem Nichtzustandekommen des Gesetzes geantwortet. Wenn er uns aber vorrechnet, daß die Kleinstaa-

ten, von denen er Meinungen vertritt, zu kurz kommen, so sollte er doch auch berücksichtigen, was Preußen ohne alle Entschädigung in die Masse geworfen; ich erinnere nur an die ganze preußische Flotte. Ein solches Ab- und Bnehmnen ist überhaupt im Bunde nicht angebracht und kann damit nicht entschuldigt werden, daß die kleinen Staaten das Zahlens nicht gewohnt sind. Ich kann Ihnen nur raten, unter ihre rep. Wappen zu schreiben: „Bon Abgabenzahlern stirbt kein Mensch“ und als Ueberdrift „Geld macht nicht glücklich.“ Das gehört nun einmal zum norddeutschen Bürgerthum und wenn sie diese beiden Gebote sich und ihren Kindern als erste menschliche Grundfälle beibringen, so haben wir Hoffnung, daß sie gute norddeutsche Bürger werden. (Anhaltende Heiterkeit).

Abg. v. Patow vertritt die Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung werden im § 1 der Beckerschen Fassung die Worte „für Ihre Person“ abgelehnt und „Telegraphengebühren“ gestrichen und der Rest derselben angenommen, so daß die Regierungsvorlage abgelehnt ist und § 1 nunmehr lautet:

Den regierenden Fürsten des Norddeutschen Bundes verbleibt die Befreiung von Portogebühren in dem bisherigen Umfange.

Der § 2 der Vorlage lautet: In reinen Bundesdienst-Angelegenheiten, werden Postsendungen jeder Art innerhalb des norddeutschen Postgebietes portofrei befördert, wenn die Sendungen von einer Bundesbehörde abgeschickt oder an eine Bundesbehörde gerichtet sind und die äußere Beschaffenheit sowie das Gewicht der Sendungen den von der Bundes-Postverwaltung in dieser Beziehung zu erlassenden besonderen Bestimmungen entspricht.

Alle in Bundesdienst-Angelegenheiten, sowie in Militär- und Marine-Angelegenheiten, als reinen Bundesdienst-Angelegenheiten, im norddeutschen Postgebiet, werden bisher allgemein bestehenden Portofreiheiten werden aufrecht erhalten.

Abg. Wigard beantragt diesen § 2 zu streichen; Prosch hinter „abgeschickt oder“ einzuschalten: „von einer Staatsbehörde“; Grümbrecht zwischen Alinea 1 und 2 einzufügen: „Desgleichen werden unter den letzten beiden Voraussetzungen in Staatsdienst- und Armee-Angelegenheiten Postsendungen der Behörden und Beamten, welche jene Angelegenheiten zu besorgen haben, an Behörden oder Beamte innerhalb des norddeutschen Postgebietes portofrei befördert.“ v. Behmen fügt diesem Grümbrechters Antrage noch hinzu: „an Behörden, Beamte oder Privatpersonen.“

Den Abg. Grümbrecht und Prosch, die ihre Anträge eingehend motivieren, tritt der Bundeskommissar Philipsborn entgegen, der beide Amendements als den Charakter des Gesetzes wesentlich altertümlich abwehrt. Die einzige Möglichkeit, die Ungleichmäßigkeiten zu befreien, mit der die verschiedenen Staaten den Bundespostbetrieb belasten, sei die Aufhebung der betreffenden Portofreiheiten. Die Erfahrung, die der Abg. Grümbrecht für den Bureaupostbetrieb befürchtet, beruhen auf dem Vorurtheil, daß man jeder derartigen neuen Maßregel entgegentrate.

Abg. v. Brandenburg: Ich bitte den Antrag des Abg. Grümbrecht abzulehnen, da durch denselben dem § 2 die Spitze abgebrochen wird, scheint Ihnen aber das Gesetz zu schwer, so lehnen Sie es lieber ohne Umweg ab. Der Antragsteller scheint auch an dem den Deutschen so eigentümlichen Hang zum Particularismus zu leiden, denn während er sonst gegen alle Privilegien stimmt, wird er sofort konservativ, wenn es sich um die Interessen seiner geliebten Stadt Hagen handelt. Die Gerechtigkeit aber fordert, daß wir uns gleichstellen; das will die Vorlage. Nehmen wir aber den Antrag des Abg. Grümbrecht an, so wird die Regierung doch nicht im Stande sein, Mißbräuche zu verhindern, weil diese Freiheit dann gelegentlich gepründet wird, während sie jetzt doch noch auf dem Wege der Administration Manches bessern läßt.

denn die Bank hat nicht nur die Postfreiheit für Briefe, sondern auch für alle Geldsendungen.

Abg. Lasker empfiehlt seinen Antrag nochmals, damit das Gesetz klar sei. Das Ammendment desselben wird darauf mit großer Majorität angenommen. Dafür stimmt auch u. A. Abg. v. d. Heydt.

Der Rest der Vorlage wird ohne Diskussion nach Zurückziehung sämtlicher Ammendements genehmigt.

Abg. Fries beantragt der Vorlage folgenden § 14 hinzuzufügen: Die Vorschriften des Artikels 52 der Bundesverfassung leiden auf denjenigen Theil der Postüberschüsse keine Anwendung, welcher durch die in gegenwärtigem Gesetze angeordneten Postfreiheiten gewonnen wird. Die näheren Bestimmungen über die Berechnung und Verwendung dieses auszunehmenden Theiles bleiben besondere Vereinbarung zwischen dem Bundesrathe und dem Reichstage vorbehalten.

Nachdem Abg. Fries seinen Antrag empfohlen, entwirft B.R. v. Philippsborn einen Plan über die Vertheilung der aus dem Gesetze resultirenden reinen Mehrerinnahmen. Es werden etwa 10 Tage lang alle unter portofreiem Rubrum gehenden Sendungen geahnt werden, mit Auschluss der schon 1868/9 erledigten portofreien Zustellungen. Daraus wird die Einnahme von den fünfzig portopflichtigen Sendungen veranschlagt und nach dem aus den Überschüssen, die jedes Land sich ergebenden Procentsatz die Vertheilung geregelt werden. Notwendig wird dann für die Jahre 1870/5 auszuschließen sein, was eigentliche Mehrerinnahmen sind im Vergleich zu der natürlichen Steigerung des Postverkehrs. Diese kann nach Berechnungen aus den Jahren 1863–66 unter gewöhnlichen Verhältnissen auf jährlich 500,000 Thlr. veranschlagt werden, welche bei der Vertheilung der Überschüsse zu verrechnen sind.

Der Antrag Fries wird in seinem 1. Alinea genehmigt, das 2. wird abgelehnt.

Auf den Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, daß die Ferien am Sonnabend vor dem Fest beginnen und auf den Vorschlag v. Hennigs, daß sie bis Donnerstag (nicht Mittwoch) nach dem Fest dauern.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Montag.

Parlamentarische Nachrichten.

Die 3. Kommission zur Vertheilung des Gesetzes, betr. die Beiflagnahme des Arbeits- oder Dienstlohs hat ihren Bericht erstattet. Die wichtigsten der vorgeschlagenen Paragraphen lauten: § 1. Die Vergütung, (Lohn, Gehalt, Honorar u. s. w.) für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, darf, sofern dieses Verhältnis die Erwerbstätigkeit des Vergütungsberechtigten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers erst dann mit Beiflag belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt und nachdem der Tag abgelaufen ist, an welchem die Vergütung gesetzlich, vertraglich oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war. — § 4. Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung: 1) auf den Gehalt und die Dienstbezüge der öffentlichen Beamten; 2) auf die Beitrreibung der direkten persönlichen Staats- und Kommunalsteuern, so weit der beizutreibende Rückstand nicht früher, als in dem der Beiflagnahme vorangegangene Monat fällig geworden ist; 3) auf den Gehalt und die Dienstbezüge der im Privatdienste dauernd angestellten Personen, so weit der Gesamtbetrag die Summe von vierhundert Thalern jährlich übersteigt. Als dauernd in diesem Sinne gilt das Dienstverhältnis, wenn dasselbe gesetzlich, vertraglich oder gewohnheitsmäßig mindestens auf ein Jahr bestimmt, oder bei unbestimmter Dauer für die Auflösung eine Kündigungsfrist von mindestens 3 Monaten einzuhalten ist. — § 5. Das Gesetz tritt am 1. August 1869 in Kraft.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Mai.

Durch Allerhöchsten Erlass vom 12. April d. J. ist dem Majoratsbesitzer Grafen Sigismund Skorzewski Radomice auf Czerneje wo das erbliche Recht auf Sig und Stimme im Herrenhause verliehen worden.

Der Minister des Innern hat sich mit dem Grundsatz einverstanden erklärt, daß die zum Gebrauch im Auslande bestimmten, von Verwaltungsbüroden der Provinz Posen ausgestellten oder beglaubigten Schriftstücke, insofern es sich nicht um Angelegenheiten handelt, welche instruktionsmäßig dem Hrn. Oberpräsidenten zur eigenen Verwaltung übertragen sind, fernher nicht von dem Hrn. Oberpräsidenten, sondern von den Provinzialregierungen zu attestiren sind. Da nicht vorausgesetzt werden kann, daß Ledermann eine genaue Kenntnis der zwischen dem Hrn. Oberpräsidenten und den Provinzialregierungen bestehenden Ressortgrenzen hat, so empfiehlt die königliche Regierung, daß von jetzt ab alle Anträge wegen Beglaubigung der in Rede stehenden Urkunden ohne Unterschied an die Provinzialregierungen gerichtet werden, von denen das Weitere alsdann veranlaßt werden wird.

In der Festungsrayon-Angelegenheit wurde bekanntlich in der Sitzung des Reichstages vom 5. d. Mts., vom Abgeordneten Kratz ein Antrag in Bezug auf die Entschädigung für die Beschränkung des Grundeigenthums gestellt und bei dieser Gelegenheit vom Abg. v. Steinmeier den Angaben des Antragstellers über die durch die Anlage des Forts Nadzwill in Posen herbeigeführten Nebelständen widersprochen. Herr Stadtbaurath Stenzel ist Sonntag Mittags nach Berlin gereist, um dem Bernheimen nach in dieser Angelegenheit dem Antragsteller nähere Mitteilungen zu machen. Bekanntlich wurde der Kratzsche Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender General v. Steinmeier ist.

Die aus der „Königl. Btg.“ in unsere letzte Nummer übergegangene Mittheilung Betreffs der Unterstützung hinterbliebener Töchter von im letzten Kriege gefallenen Soldaten wird von der „Bosz. Btg.“ dahin berichtet: daß Unterstüttungen aus der Königin-Augusta-Stiftung für das Jahr 1869 nur den dazu Berechtigten, nämlich im Bereich der Linie und der Landwehr des ersten Armeekörpers resp. der Provinz Preußen, zu kommen.

Personalveränderungen bei der Justiz. Zu Kreisrichtern sind ernannt die Gerichtsassessoren: Trulsen, bei dem Kr. Ger. in Pleischen, Rzepnicki desgl. in Schrimm, Weber desgl. in Schröda, v. Brandt desgl. in Breslau, Koschella in Schubin, Bauer in Schönlanke, Straßles in Nowowracaw, Garleb und Bigalke in Schneidemühl. Besetzt sind die Kreisrichter Pechstein von Birnbaum nach Grätz, Heinrich von Gosch nach Ostrowo, Wiener von Nakel nach Trzemechno und Borchardt von Margonin nach Konitz.

Beflagerung. Das im Bongrowitzer Kreise gelegene, Herrn Norbert Szuman geborene Rittergut Kujawski, mit einem Areal von 1192 Morgen ist dieser Tage in den Besitz des Herrn Kleinkne aus Podolice für den Preis von ca. 78,000 Thlr. übergegangen.

Witterung. Den letzten Tagen und Nächten, welche wir vom 29. April bis zum 6. Mai hatten, und während deren die Temperatur in einzigen Nächten bis unter den Nullpunkt sank, so daß zahlreiche Blüthen erfroren sind, folgte am 7. Mai bei niedrigem Barometerstand und Südwestwind ein außerordentlich schwül Hitz, so daß 2 Uhr Nachmittags das Thermometer bis auf 19½ Grad (der höchste bisherige Thermometerstand dieses Jahres) stieg und sich Abends 6 Uhr ein Gewitter mit Regen entlud. Auch am Sonnabend und Sonnstage regnete es, so daß sich in Folge dessen und der gleichzeitig hohen Temperatur die Vegetation ganz außerordentlich entwickelt hat. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag (11., 12. und 13. d. M.) sind die berüchtigten drei gestrengsten Herren: Mamertus, Pan-

— Auf dem Hofe der Gasanstalt wurde im Verlaufe der vergangenen Woche ein großer hölzerner Schuppen von etwa 70 Fuß Länge und 30 Fuß Breite, welcher bisher dicht hinter dem Retortengebäude stand, und, um Platz zu gewinnen, eine Strecke weiter in der Nähe des Filterbassins aufgestellt werden sollte, auf folgende bisher hier noch selten angewandte Weise dorthin geschafft. Da ein Abruch und Wiederaufbau desselben mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpft gewesen wäre, so beschloß man, ihn dorther zu schieben, und zwar wurde dies folgendermaßen bewerkstelligt. Nachdem der Schuppen durch 12 große Zimmermannsschrauben gleichmäßig in die Höhe gehoben und Schwellen unter denselben gelegt worden waren, wurde er mit Hilfe von kurzen Stücken von Gasröhren welche zwischen Schuppen und Schwellen gelegt wurden, weiter gerollt, wobei man sich zum Schieben 5 gewöhnlicher Wagenwinden bediente. Nachdem so der Schuppen 85 Fuß vorwärts gerollt worden war, wurde er in gleicher Weise noch 15 Fuß seitwärts geschoben. In dem Maße, wie der selbe weiter vorrückte, wurden aufs Neue Schwellen gelegt, auf denen er dann weiter gerollt wurde. Bei dieser Arbeit, welche 8 Tage in Anspruch nahm, kam es vor allem auf gleichmäßiges Heben und Schieben an. Schließlich wurde dann der ganze Schuppen mittels der Schrauben wieder gehoben, um die Schwellen und eisernen Röhren hervorzuziehen, und ihn zu untermauern.

— Die Breslauer Thorwache ist gegenwärtig so weit abgebrochen, daß nur noch die kahlen Mauern stehen. Die Erde unter dem Gebäude ist bis auf die Fundamente ausgeschachtet worden, welche außerordentlich fest sind und vollkommen im Stande sein werden, ein dreistöckiges Gebäude zu tragen. Die Breslauer Thorwache wurde zu südpreußischer Zeit errichtet; das alte Breslauer Thor, auf welchem sich ehemals das heilige Kreuz befand, welches gegenwärtig in der Kreuzkapelle des Domes verehrt wird, lag in der Verlängerung der Breslauerstraße. Der weitere Ausbau der Breslauer Thorwache erfaßt dadurch eine Verzögerung, daβ in Bezug auf den Verlauf des kleinen städtischen Grundstücks daneben Seitens der städtischen Behörden noch keine definitive Entscheidung getroffen ist. Bekanntlich hatten die Herren Broderski u. s. w. in öffentlichen Verfahren 410, die Herren Becker und Rudolph 405 Thaler geboten. Wie wir hören, haben nachträglich die letzteren ihr Gebot gleichfalls bis auf 410 Thlr. erhöht; der Magistrat soll auch gesonnen sein, den Beflag zu ertheilen, doch ist dazu noch die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Seitens der Polizeibehörde wurde übrigens, wie wir hören, ganz entschieden der Konzess zur Anlage von Abritten mit Eingang von der Straße auf dem kleinen städtischen Grundstück verweigert worden, da dieselben einerseits zu nahe der Straße liegen würden, andererseits aber auch ganz in der Nähe sich ein öffentlicher Brunnen befindet.

— Auf der Breitenstraße, in der bisher nur einfache Trottoirs lagen, werden gegenwärtig längs des Friedmannschen Grundstückes an der Wallstraße Doppeltrottoirs gelegt.

— Lamberts Garten, welcher gegenwärtig im schönsten Frühlingsgrün prangt, erfreut sich bei der herrlichen Witterung bereits eines sehr zahlreichen Besuches, und besonders am Sonnabend war der Garten während des trefflichen Konzerts der Wagnerischen Kapelle außerordentlich gefüllt. Links vom Eingange von der Bäderstraße her, wo sich bisher der Schießstand befand, ist ein Gähr- und Lagerkeller mit Estrade darüber angelegt worden. Ein großer Teil der hölzernen Stühle ist durch eiserne, welche in der Mögelnischen Fabrik angefertigt wurden, ersetzt worden. Dieselben sind mit eisernen Stahlplatten versehen und schließen sich beim Anlehnen an die Tische in der Zitze zusammen, daß der Sitz gegen Staub und Regen geschützt ist; so zusammengeklappt nimmt ein solcher Stuhl, der recht stierlich aussieht, sehr wenig Raum ein. Es befinden sich im Garten bereits 200 dieser Stühle, von denen das Stück 1 Thlr. 15 Sgr. kostet.

— Die Maigänge unserer Schulen beginnen in diesem Jahre wegen der außerordentlich warmen Witterung und reich entwickelten Vegetation sehr frühzeitig. So waren gestern (am Sonnabend) früh die Schüler und Schülerinnen der Cohnschen Lehranstalt in Begleitung ihrer Lehrer und Lehrerinnen in Droschken nach dem Eichwalde hinausgefahren, wo sich die fröhliche Jugend heiteren Spielen und Unterhaltungen mancherlei Art überließ. Die frohe Stimmung wurde selbst durch einen kurzen Regen nicht unterbrochen. Nur ungern trennte sich die frohe Schaar vom Walde, als Abends die Eltern der Kinder erschienen, um dieselben mit Droschken wieder nach Hause abzuholen.

— Der Fischerverkauf fand bisher auf unserem Fischmarkt stets nach der Hand statt, so daß es demnach dem geübten Blick und Griff der Käufer überlassen blieb, das Gewicht der Fische abzulegen. Seit Kurzem ist nun nach dem Vorbilde anderer größerer Städte die Einrichtung getroffen worden, daß die Verkäufer eine Waage führen müssen, so daß, wenn der Käufer es wünscht, ihm die Fische nach dem Gewichte verkauft werden können.

— Weseritz, 9. Mai. Vor mehreren Wochen erhielt das Eisenbahnn-Komitee Weseritz-Schwerin von der Direktion der Breslau-Schneidewitz-Breitwiesen Eisenbahn-Gesellschaft einen Bescheid dahin, daß in dem Verwaltungsrat der Gesellschaft über die Fortführung der Bahn von Rothenburg ab, Besluß gefaßt sei. Es waren zwei Routen ins Auge gefaßt: eine östliche über Schwiebus, Weseritz, Schwerin a. F. und Landsberg a. F. und eine westliche über Neu-Kumersdorf, Bölenzig und Bie. Für letztere habe sich der Verwaltungsrat entschieden, den wesentlichsten Einfluß auf diese Entscheidung aber die Seiten des Herrn Handelsministers auferlegt. Verpflichtung, die Stadt Grünberg in das Projekt aufzunehmen, ausgeübt. Durch diese Berührung Grünbergs nämlich werde die Linie von der geraden Richtung Neusalz-Landsberg-Swinemünde gegen zwei Meilen hin nach Westen abgelenkt und diese Ablenkung hätte zur Aufgabe des Weges über Schwiebus, Weseritz, Schwerin und Landsberg genötigt, da letzterer Weg nur mit einem nochmaligen Abwege nach Osten und einer, den Zwecken und Interessen der Bahn zu widerstreuenden Verlängerung der Bahn um etwa eine Meile gewählt werden können. Die Direktion schlägt indeß eine Zweigbahn von Bentschen nach Kriesch zum Anschluß an die von ihr zu erbauende Bahn vor und erucht das Komitee, sich für diese Zweigbahn zu interessiren. Gleichzeitig richtete die Direktion ein Schreiben an die Regierung zu Posen mit dem schlichtlichen Antrage: daß Weseritz-Schwerin-Komitee zu veranlassen, daß dasselbe für die Zweigbahn von Bentschen nach Kriesch eintrete. Das Komitee hat mittelst Schreibens vom 7. April d. J. sich noch einmal an die Direktion gewandt und die Vortheile der Linie Schwiebus-Weseritz-Schwerin-Landsberg gegen die Linie Bölenzig-Bie weitläufig auseinandergesetzt. Das Schreiben schloß wie folgt: „Wird die Linie Rothenburg-Kumersdorf-Bölenzig-Bie wirklich gebaut, dann bleibt uns selbstredend nur übrig, mit allen Kräften für eine Verlängerung der bereits genehmigten Linie Lissa-Bentschen in der geraden Richtung über Weseritz-Schwerin-Landsberg etwa nach Stargard zu wirken und zu arbeiten. Diese Bahn ist, wie bereits nachgewiesen, lebensfähig und läßt den Weg zwischen Breslau und Sittin um etwa acht Meilen gegen die Linie über Posen ab. Die von Eisen pp. uns vorgelegte Linie Bentschen-Kriesch halten wir nicht für lebensfähig. Abgesehen davon, können wir uns für eine solche Linie nicht interessieren, ja wir müßten sie nach Lage unseres Ortes (und Schwerin) auf das Entscheidende bekämpfen und — wir bitten zu verzehren, daß wir damit nicht zurückstehen — der Besluß hat denn auch im Komitee nicht nur allseitig Verwunderung erregt, sondern auch eine einstimmige Verurtheilung erfahren. Im Übrigen erklären wir gern, daß wir auch heute noch einer Linie Rothenburg-Schwiebus-Weseritz-Schwerin-Landsberg den Vorzug vor der Linie Bentschen-Weseritz-Schwerin-Landsberg geben würden.“

Nach den in den letzten Tagen weiter eingegangenen Nachrichten scheint nun die Angelegenheit in ein neues Stadium getreten zu sein. Bedenks ist so viel fest, daß der Verwaltungsrat Veranlassung haben wird, noch einmal und von Neuem über die Richtung der Bahn Besluß zu fassen. Hoffen wir, daß dieser Besluß für die Städte Weseritz und Schwerin günstig ausfällt.

— Dörycko, 9. Mai. Der hiesige Vorstabsverein erfreut sich einer fortlaufenden Zunahme, ein Beweis, daß der selbe für die hiesige Bevölkerung und Umgegend ein dringendes Bedürfnis geworden ist; er zählt gegenwärtig 170 Mitglieder. In der letzten Generalverhandlung ist der Besluß gefaßt worden, die aufzunehmenden Darlehen bis auf 5000 Thaler zu erhöhen, indes darf auch dieser Betrag noch unzureichend sein, so daß das Betriebskapital noch ferner wird vergroßert werden müssen. Das letzte Bierfests feiert eine Gesamteinzahlung von 8942 Thaler nach, und eine Gesamtausgabe von 8819 Thlr. An Vorstabsen sind gewährt 8413 Thlr., das Guthaben der Mitglieder beträgt 1235 Thlr. der Reservefond 111 Thlr.

— Schröda, 9. Mai. Am letzten Freitag entlud sich gegen Abend ein heftiges Gewitter mit Hagel über unseren Kreis; durch einen Blitzstrahl

dieses Gewitters wurde eine Windmühle in Schrimm ein Raub der Flammen; ein anderes Feuer, ebensfalls durch Blitzstrahl entstanden, wurde in dem nahen Dorfe Brudzewo in einer Scheune durch herbeigeeilte Hilfe gelöscht.

A. Samter, 7. Mai. Gestern Abend brach in dem eine kleine halbe Meile von hier gelegenen Dorfe Kl. Gay Feuer aus und legte in kurzer Zeit den Krug, sowie mehrere daranstoßende Stallgebäude in Asche. Das Feuer griff so schnell um sich, daß fast nichts, nicht einmal das in einem der Ställe befindliche Vieh gerettet werden konnten.

— Gnesen, 9. Mai. Bei der gestrigen Eröffnung des neuen Volks-

gartens durch ein von der Kapelle des 6. Pommerschen Inf.-Reg. Nr. 49 veranstaltetes großes Konzert ließ sich nicht erkennen, daß für den heutigen Tag die Herstellung eines solchen Volks als ein willkommenes Ereignis von dem Erholung suchenden Publikum angesieht wurde. Der dazu eingerichtete schön und große Tische Gartens mit seinem schattigen und blühreichen Dörfchen war bei dem wieder eingekommen warmen Frühjahrswetter zahlreich besucht, so daß es den Antheil gewährte, als ob der gestrige Nachmittag ein Volksfest herbeigebracht hätte. Die Herstellung dieses Volkgartens darf deshalb als eine neue Verschönerung unserer Stadt begrüßt werden.

Vereine und Vorträge.

— In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabend wurden zwei Pariser Gasleuchtungs-Zylinder vorgezeigt. Der eine derselben hatte die gewöhnliche Zylinderverform, war oben und unten mit einem Messingring versehen und bestand aus zahlreichen nebeneinander gesetzten Glasstäben, welche mit einander innig verschmolzen waren. Wird ein solcher Zylinder auf den Glasschmelz gelegt, so wird durch die zahlreichen Glasstäben das Licht mannsfach gebrochen und reflektiert, so daß man die Flamme nicht deutlich und bestimmt, sondern von einem hellen Schein umgeben sieht, ähnlich wie bei einer Milchglasglöde, nur bedeutend heller; der dadurch erzeugte Anblick ist schön und wohltuend. Der zweite Zylinder, ein Doppelglaszylinder von bedeutender Stärke, war nach oben hin zusammengesogen; wurde er auf den Gasbrenner gelegt, so wurde in Folge des durch die engere obere Dehnung vermindernden Luftzuges die Flamme verlängert, aber allerdings brannte sie auch röher und weniger intensiv, als bei Anwendung eines gewöhnlichen Zylinders. Man soll demnach, indem man den Hahn mehr schließen kann, eine Gasersparnis von 30 Prozent durch diesen Doppelglaszylinder erzielen. Einmal Aehnliches wird erreicht durch Auflegen von Messingblechen mit Löchern auf einen gewöhnlichen Zylinder. Doch wird erst die photometrische Untersuchung ergeben müssen, ob hier eine wirkliche Gas-Ersparnis stattfindet, da die Flamme bei Anwendung des Doppel-Glas-Zylinders entschieden an Lichtintensität verliert. Man ergibt die Pariser Zylinder in der hiesigen Handlung von L. Mendelsohn; der Preis für einen der ersten Art beträgt 10 Sgr., für einen Doppelglaszylinder 5 Sgr. Die letzteren sind vorzüglich und springen trotz ihrer Stärke nicht, auch wenn sie einem sehr bedeutenden Temperaturwechsel ausgesetzt werden. — Über das Fleischgebrat wurden folgende Mittheilungen gemacht: Manche Sorten davon, welche gegenwärtig in den Handel kommen, enthalten sehr viel leimige Substanzen, während bei dem guten Extrakte aller Leim, der in dem Fleischgebrat enthalten ist, ausgeschieden wird. Es wurde der Mangel an Protein-Substanzen in dem Fleischgebrat hervorgehoben; wirklich naphthaft ist dasselbe nicht; es enthält weder Leim, noch blutstillende Bestandteile und wirkt nur hauptsächlich anregend durch das in ihm enthaltene Alkaloid: Kreatin. Hunde, welche bei Versuchen mit Fleischgebrat allein gefüttert wurden, nahmen an Gewicht bedeutend ab, und ein Kaninch, welches beträchtliche Quantitäten davon erhalten, starb wahrscheinlich in Folge der darin enthaltenen Kalzit. Am besten soll man das selbe genießen, auf Semmel gestrichen; das Gefühl der Sättigung, welches man alsdann empfindet, ist jedoch wohl weniger dem Genuss des Fleischgebrates, als vielmehr dem Semmel zuzuschreiben. Eine längere Diskussion entspans sich über die Verwendung trichinöses Fleisches. Es ist unzweifelhaft, daß die Polizeibehörde vollkommen berechtigt ist, trichinoes Fleisch zu vernichten, sobald der Fleischer dadurch, daß er die Untersuchung selbst unterläßt, zeigt, daß es ihm nicht darauf ankomme, dem Publikum ein schädliches Nahrungsmittel zu verkaufen; gleiches gilt für zahlreiche Fleischer, welche überhaupt nicht an die Trichinen glauben. Unzweifelhaft ist es, daß man es solchen Personen nicht überlassen darf, das trichinoes Fleisch so zu verwenden, daß dem Publikum daraus kein Schaden erwächst. Unter Aufsicht der Polizeibehörde dieses Fleischsachen zu lassen, um so die Trichinen zu tödten, wäre praktisch wohl nicht durchführbar, da der Fleischer für die verschiedenen Theile des Schweins auch verschiedene Verwendung hat, und demnach eine Kontrolle schwer zu handhaben wäre. Unzweifelhaft ist es jedoch, daß das Fett des Schweinefleisches nicht vernichtet zu werden braucht, da es keine Trichinen enthält. Die Art der Vernichtung ist bis jetzt auch noch keine rationelle. Wird das trichinoes Fleisch vergraben oder in die Kloagrube geworfen, so kann es leicht von Nutzen verzehrt werden, und da diese Thiere hauptsächlich zur Verbreitung der Trichinen beitragen, indem sie von den Schweinen verzehrt werden, so wird demnach durch die jegliche Art der Vernichtung des Schweinefleisches aufs neue der Grund zur Entstehung trichinösen Fleisches gelegt.

Die Ausstellung in Lissa.

— Indem wir von der Darstellung der Bestarrangements zu einer Vergleichung des Umfangs und der Teilnahme der diesmaligen mit den früheren ähnlichen hiesigen

um diesen Industriezweig mit dem gleichen Erfolge, wie bisher, zu pflegen. Das Züchtungsprinzip scheint darum für jetzt bei Vieien ungemein auf den Fettgehalt der Schafe, als auf die Qualität und Feinheit des Wollhaars gerichtet zu sein, und dieses Prinzip hängt wiederum mit der Rassenzucht eng zusammen. Im Vergleich zu früher schien uns die Schafausstellung diesmal eine auffallend weniger reichhaltige gewesen zu sein.

Wir würden uns zu ähnlichen Betrachtungen in Rückicht auf die Pferdezucht veranlaßt finden, wenn wir nicht die erfreuliche Errscheinung zu konstatiren hätten, daß unsere Rüstställe in diesem Kulturbereiche große Fortschritte gemacht, ja mitunter Ruhmserwerbes geleistet haben.

Ein kräftiger Aufschwung offenbarte sich vor Allem in der Rindviehzucht, und hierin wetteifern unsere polnischen Besitzer, die ehedem diesen Zweig ziemlich vernachlässigten gegenwärtig rühmlich mit unseren intelligenten deutschen Landwirthen. So hat unter anderen Herr v. Potowrostki auf Koszowa durch Ausstellung von Zuchttieren und Kühen rein holländischen Vollblutes, die er auf seiner Besitzung Koszowa selbst gezüchtet, und mit deren Zucht er vor Jahren aus der Stammlinie des Baron v. Falkenhagen in Schlesien durch Alkquisition eines jungen Stieres und zweier junger Kühe begonnen, die größte Bewunderung erregt. Die Thiere zeichneten sich durch ein breites Kreuz, wie voriglichem Bau der Brust aus, sie wurden selbstverständlich in erster Reihe prämiert und fanden eben so zahlreiche Käufer, so daß ihm für die Stiere 180 für die jungen Kühe 100—120 Thaler pro Stück bezahlt wurde. Nicht minder allgemeines Interesse erregte ein von demselben gestelltes schönes Pony-Biergespann von heller Farbe.

Den Prämiirungen, über die wir uns einen ferneren Bericht vorbehalten, folgte der Fazit, vorbei der Tribune und dem Altane. Voran ritten die Mitglieder der Kommission für die Ausstellung der verschiedenen Thiergattungen in festlich geordneten Reihen, die vor den auf der Tribune befindlichen Zuschauern, unter denen auch der Herr Oberpräsident Graf v. Königsmarck sich befunden, respektvoll salutirten. Ihnen schlossen sich vereinzelt folgend die Führer mit den prämierten Thieren an. Zunächst die mutigen Hengste, dann die Mutterstuten, zum Theil mit ihren Fohlen; demnächst einige Böcke und Schweine auf Wagen, und hierauf die Zuchttiere, Zuchtkühe und Kälber. Um die drastische Wirkung des Festzuges zu erhöhen, wurden mit denselben einige andere Aufzüge ländlichen und landwirtschaftlichen Charakters in Verbindung geetzt. Zwei Bauernhoheiten, eine polnische und eine deutsche erregten durch das Drollige ihrer Nationaltrachten und das Gange ihrer Ercheinung die allgemeinste Heiterkeit des zuschauenden Publikums, dessen Höhe wohl auf 6—8000 Köpfe angeschlagen werden darf. Gleiche Heiterkeit erregten die übrigen Aufzüge, wie die Darstellung der Thätigkeit zweier Mühlenarbeiter aus Nowicze, der Flachsbarbeiterinnen, Flachsspinner u. a. m., die alle mit ihren Apparaten in sorgfältiger, ländlicher Kleidung thätig erschienen. Auch in anderer Weise stellte die wohltätige Tereis ihr Kontingent, soweit die Jahreszeit es zuließ. Mit diesem Aufzuge schloß der erste Tag des Schaufestes, der in gleicher Weise vom schönen Wetter begünstigt war, als uns Jupiter Pluvius die Genüsse des zweiten Tages durch Regen, Wind und Kälte verleidete und Nachwirkungen zur Folge hatte, von denen auch Ihr Referent nicht freigelieben. Gleichwohl sollen Sie über den Verlauf des zweiten Festtages und namentlich über das brillante Wettkennen demnächst noch einen weiteren Bericht erhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 8. Mai. Vor dem hiesigen Kriminalgerichte wurde am Mittwoch zum erstenmale ein Prozeß verhandelt, welcher auf Grund des Art. 74. der Norddeutschen Bundesverfassung (Beleidigung von Bundesbeamten) erhoben war. Ein hiesiger Lederhändler hatte auf der Messe zu Braunschweig einen Briefträger im Streit einen „dummen Kerl“ genannt und wurde in Gemäßheit des gedachten Art. 74 im Anschluß an § 102 des preuß. Strafgesetzbuchs zu 10 Thlr. verurtheilt.

Die siebente Deputation verhandelte gestern gegen den Schriftsteller Edw. Kattner, der in einer Broschüre gegen die Orthodoxie in Preußen den Konfessorialrat Taube in Bromberg beleidigt haben sollte. Der Staatsanwalt glaubt die orthodoxen Geistlichen als eine sahbare Klasse von Staatsangehörigen betrachten zu dürfen, ebenso wie etwa vom Obertribunal die Kreuzzeitungs- und Unterpartei als solche anerkannt worden sei. Der Gerichtshof lehnte den Wahrsheitsbeweis, welchen der Angeklagte angestrebt hatte, ab, beschloß jedoch nach des Letzteren und seines Vertheidigers Meyn-Antrage, nicht die von der Anklage herausgezogenen einzelnen Stellen der Schrift zur Grundlage der Verhandlung zu machen, sondern in einem neuen Termine die ganze Schrift vorlesen zu lassen. — Eine zweite Verhandlung richtete sich gegen den „Börsencourier“, der angeklagt war, in einer Notiz über Hrn. v. Bastrom, den früheren Polizeipräsidenten v. Bernuth beleidigt zu haben. Es erfolgt Freisprechung.

Staats- und Volkswirtschaft.

Eydtkuhnen, 5. Mai. Über eine neue Schwierigkeit im Handelsverkehr mit Russland schreibt man der „B. B.-Z.“: Um wiederholt vorgekommenen Schwierigkeiten bei der Verpackung und Plombierung der Waaren in dem russischen Hauptzollamt zu Wirballen ein Ende zu machen, wurden vor einiger Zeit dagelebt den Spediteuren Arbeiter oftroyt, welche unter der Kontrolle des Zolldirektors stehen, informiert als dieser mit einem sogenannten Artell, wie die in Moskau und Petersburg bestehenden Arbeitergenossenschaften heißen, einen Vertrag abgeschlossen und dasselbe für die Zollabfertigungsarbeiten in Wirballen ausschließlich monopolistisch. Diese Neuerung soll auch auf die Zollämter Alexandrowo, Granica und andere an der preußischen Grenze ausgedehnt werden. Petersburg besitzt über zwanzig verschiedene Artells, Moskau gegen zehn, welche an beiden Plätzen zu den Arbeiten auf den Zollämtern privilegiert sind, jedoch durch Besluß der betreff. Börsen-Komitee's selbst, unter deren Leitung die Artells stehen. Dieselben konkurriren dort in Leistungen und Preisen; sind die Löhne auch hoch, so beruhnen sie auf gegenseitiger Vereinbarung, und liefern ein Äquivalent in koulanter Bezahlung von Schäden, welche die Arbeiter verschuldeten. Das oftroyerte Artell an der Grenze ist unter Bedingungen eingetragen, das die fraufste Gegenheit jener sei, welche die Artells in Petersburg und Moskau beliebt machen: Ein Artell mit hoher Zwangslast für alle Arbeiten monopolistisch, unter alleiniger Aufsicht des Zollamtes, Schadensatz nur nach Gütachten und durch Vermittelung der Zollbehörde erlangbar, und endlich solche Schäden, die nicht an der Waare selbst, so lange sie sich im Bereich des Zollamtes befinden, nachzuweisen sind, durch eine Klausur von jeder Vergütung ausgeschlossen, sonach u. A. alle Folgen schlechter Verpackung. Nach mäßigem Übereinholz wird das Artell nach Abzug der gezahlten Arbeitslöhne jährlich 60—70.000 Rubel vom Wirkbaren Zollamt allein in seine Tasche fließen lassen. Handel und Verkehr mit Russland erleiden dadurch einen empfindlichen Schlag. Wir hoffen, daß die preußische Regierung die neue Unbill mit Energie bekämpfen wird.

Breslau, 8. Mai. Die Generalversammlungen der Aktiengesellschaften der schlesischen Forst-, Hütten- und Bergwerks-

Gesellschaft „Minerva“ sind erst jetzt nach neunstündiger Dauer beendet. Die begonnene Agitation glückte vollständig, sämtliche Anträge der Opposition wurden angenommen. Die Ertheilung der Decharge ist verwirkt und von den früheren Verwaltungsräthen nur Graf Renard und Prinz Hohenlohe wiedergewährt. Neu für den Verwaltungsrath sind ernannt aus Breslau: Max Alexander, Berggrath Thiele, Justizrat Schröter; aus Berlin: Julius Alexander, Hugo Pringsheim, Wilhelm Izinger (Rieß & Izinger). — Die Einnahmen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn betrugen im Monat April 118,854 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf., gegen die Aprilleinnahmen des vorigen Jahres eine Mehreinnahme von 898 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf.

Kiel, 9. Mai. (Tel.) Das Postdampfschiff „Eider“ traf heute erst 5 Uhr 30 Minuten früh aus Kiel hier ein. Die Passagiere und die Briefpost haben noch mit dem Elzuge nach Altona Beförderung erhalten. Die Fahrrpost ist mit dem Buge 7 Uhr 5 Minuten weiter gesandt worden.

Kassel, 7. Mai. In der heutigen ersten Sitzung der hier selbst tagenden Tabaksinteressenten wurden das Zentralkomité wiedergewählt und folgende beiden Resolutionen gefaßt: 1) Jede Steuererhöhung oder sonstige Besteuerungskart des Tabaks wird verworfen. Dagegen verlangt man 2) eine Herabsetzung der Morgensteuer, sowie eine Normierung der Exportvergütung nach dem Durchschnittsertrag.

Philadelphia, 7. Mai. (Kabeltel.) Die Schienenverbindung der Pacific-Eisenbahn wird morgen vollendet werden.

Washington, 8. Mai. (Kabeltel.) Der Schatz-Sekretär Boutwell hat einen wöchentlichen Ankauf von einer Million Dollars 5/20 Bonds, gemäß der Tilgungsfondakte, angeordnet.

Breslau, 7. Mai. [Wolle.] Die im hiesigen Geschäfte schon seit langer Zeit herrschende Stille ist im Laufe der letzten acht Tage nicht unterbrochen worden und die Umfälle blieben auf das niedrigste Maß beschränkt. Alles in Alzem sind kaum 300 Str. aus dem Marte genommen worden und bestand dies Quantum wie zuvor aus besseren polnischen und russischen Mittelwollen in den fünfzig Thalern, sowie aus Gerber- und Schweißwollen von 46—52 Thlr. Von feineren Qualitäten ist nur eine einzige Post, schlesische Abstammung, Anfangs der Achtziger Thaler bezogen worden. Die Abnehmer waren russische Fabrikanten, sowie österreichische, rheinische und französische Kommissionäre. Die geringen und mittelsteinen Sorten blieben in fortwährendem Weichen, während die feinen und hochfeinen sich behaupten. (B. S. B.)

Bermisches.

Berlin, 9. Mai. Die lang erwartete Eröffnung des Aquariums soll jetzt endlich am Dienstag erfolgen, da der Budrage der Besuchslustigen in der letzten Zeit sich außerordentlich vermehrt hat. Leider ist der Eintrittspreis vorläufig noch ein sehr hoher, nämlich 10 Sgr. für die gewöhnlichen und 1 Thlr. für einen besonders festgehaltenen Tag. Später werden wohl billigere Abonnements-Bedingungen eingerichtet werden.

Berlin. Folgende artige Anfrage, welche augenblicklich hier die Runde macht, verdient wohl auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vor einiger Zeit befanden sich die älteste (14jährige) Tochter der Prinzessin Friedrich Karl und die neunjährige Tochter der Kronprinzessin in dem Atelier eines Photographen. Als bei der Sitzung Beippe einer Aufnahme der Photograph der ersten die Stellung, welche sie einzunehmen habe, angab und dieselbe dabei mit „grädiges Fräulein“ anredete, wurde ihm die zurechtweisende Bemerkung zu Theil: „Man pfeigt mich sonst mit königliche Hoheit anzureden!“ Der Photograph stammelte verlegen einige Entschuldigungen, die aber von Seiten der Tochter der Kronprinzessin mit den Worten unterbrochen wurden: „Das ist ja ganz gleichgültig, mich können Sie antreden, wie Sie wollen, am liebsten höre ich es, wenn Sie „die Lotte“ sagen, so nennt mich mein Vater immer!“

Breslau, 9. Mai. Das sich bei uns alles um die bevorstehende Befammlung der deutschen Land- und Forstwirthschaft und die damit verbundene Ausstellungen bewegt, bedarf wohl keiner besonderen Sicherung, Wohnungen sind nur noch für hohe Preise zu haben. Ein hiesiger Hotelbesitzer hat sich nicht entblößt, dem landwirtschaftlichen Bureau, welches die Sorge für das Unterkommen der zu erwartenden Gäste übernommen hat, seine Volatilitäten pro Zimmer und Woche für 50 Thaler anzubieten. Hierbei muß jedoch erwähnt werden, daß dergleichen exorbitante Forderungen nur vereinzelt dastehen und der gewöhnliche Preis für Zimmer und Woche, je nach der Lage des ersten, zwischen 8 bis 20 Thlr. schwankt. Der Konflikt während der nächsten Woche wird vorausichtlich ein außerordentlich großer werden, denn es sind Besuchende aus aller Herren Länder angemeldet, sogar 30 russische Bauern sollen eintreffen, um von den hiesigen agrarischen Verhältnissen Kenntnis zu nehmen. Auch unser Theater bereitet sich auf die zu erwartenden Gäste vor. Grl. Décret Art. 1 hat sich bewegen lassen, noch über den Maschinenmarkt hinaus hier zu bleiben. Grl. Anna Mayr tritt heut in der hier noch nicht geschenken komischen Oper „Der Blaubär“ von Halevy und Offenbach auf, und Boulotte auf, und Herr Greve vom Magdeburger Stadttheater gastiert auf Engagement als Ersatz für Herrn Weilenbeck und hat bei seinem Auftritte als Othello in dem gleichnamigen Trauerspiel von Shakespeare sich bereits als tüchtigen Künstler gezeigt. — Im Schießwerderdienst wird der seit Freitag hier anwesende Musikkapellmeister Bilse aus Berlin zu Ehren der Gäste ein Konzert geben, welches von einem Feuerwerk begleitet sein wird, zu dem die Stadt 1000 Thlr. bewilligt hat. — Gestern Vormittag hat der Maschinenfabrikbesitzer Eckert aus Berlin ein Probeplügen, Walzen, Eggen u. s. w. mit den verschiedenartigsten Geräthen veranstaltet, welches er Dienstag, wo voraussichtlich der größte Theil der erwarteten Landwirths eingetroffen sein wird, zu wiederholen gedenkt. — Im Laufe der Woche sind wir mehrfach durch Regen erfreut worden, dessen sowohl Sommer- wie Wintersäten dringend bedürfen; am Freitag entlud sich in der Nähe unserer Stadt ein Gewitter, welches von Schloßeggen begleitet war; in dem eine Meile entfernten Dorfe Langewiese zündete der Blitz und legte ein Bauernhaus in Asche, zugleich entzündete er die Frau des Besitzers. — Der von Ihnen in der gestrigen Nummer Ihres Blattes gemeldete Verlust des Rittergutes Chodopitziegen ist der Befolzung dagegen dahin, daß dasselbe durch Tausch in den Besitz des hiesigen Hoteliers Heinemann übergegangen ist, indem der frühere

Eigentümer, Gutsbesitzer Ackermann, das dem ersten gehörige, in Dresden belegene Hotel zur Stadt Leipzig, für den Preis von 135,000 Thlr. in Zahlungstatt angenommen hat. — Auch bei Ihnen werden, wie ich gelesen, Stimmen gegen den Lotterie-Swischenhandel laut, hier steht derselbe ebenfalls in vollster Blüthe und wurde neulich als Mittel dagegen der Vorfall gemacht, der Lotteriedirektion anzurathen, den Kauf der Loosse dem ehemaligen Besitzer des Loosse der vorhergegangenen 4. Klasse vorzubehalten. Aber auch dieses Mittel dürfte wenig helfen, da die Swischenhändler raffiniert genug sind, den Verkauf der Loosse an die Bedingung der Rückgabe der abgespielten Nummern zu knüpfen und sich dabei durch vollständige schriftliche Kontrakte sicher zu stellen pflegen. Gründliche Hilfe kann, wenn die Lotterie überhaupt beibehalten werden soll, nur durch Vermehrung der Loosse geschafft werden; ist erst der Bedarf und Begehr gedeckt, so hört die Nachfrage auf und der Swischenhandel legt sich von selbst.

* **Koburg**, 5. Mai. Die diesjährige Versammlung deutscher Gasfachmänner wird am 27. bis 29. Mai hier abgehalten werden.

* **Das Hamburg-New Yorker Post-Dampfschiff „Cimbra“**, Kapit. Haas, welches am 21. April von hier und am 24. April von Havre abgegangen, ist nach einer sehr schnellen Reise von 10 Tagen 8 Stunden am 4. d. 11 Uhr Abends, wohlgehalten in New York angekommen. — Ebenso ist das Hamburger Post-Dampfschiff „Allemannia“, Kapit. Bardua, am 21. April von New York abgegangen und nach einer schnellen Reise von 10 Tagen am 2. d. 4 Uhr Morgens, in Plymouth angelommen; dasselbe überbringt 136 Passagiere.

* **Bremen**, 9. Mai. (Tel.) Die Vertreter des hiesigen Komitees für die Nordpolexpedition und die aus Bremerhaven, Oldenburg, Göttingen, Gotha, Hamburg und Kiel hier anwesenden Förderer des Unternehmens haben in einer gestern stattgehabten Versammlung den Beschuß gefaßt, daß die Expedition am 7. Juni mit einem Begleitschiff von 200 Tons in See gehen soll, welches so ausgerüstet ist, daß mit ihm eine Überwinterung ermöglicht werden kann.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Angelokommene Fremde

vom 10. Mai.

DREI LILLEN. Die Kaufleute Grünfeld aus Breslau, Brand aus Burg, Gutsbesitzer Busse aus Kowarow.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Schwendmann aus Sohrau, Wollstein sen. und jun., Busch und Sabor aus Gräb, Egid aus Berlin, Landwirt Horster aus Lissa, Gutsbesitzer Grau-Gernau und Tochter aus Grodzisk, Krl. Degorska aus Bus.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Mendelsohn aus Birnbaum, Jenes aus Wollstein, Detoman Woytinski aus Kolaczkow.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN Hof. Wirtschafts-Inspектор Klein aus Siemow, die Kaufleute Kaphan aus Wiloslaw, Kaiser aus Kalwitz, Krolowski aus Schrimm, Weiß, Kloß und Gebr. Kuerbach aus Konin, Grochmann aus Kolo, Krosch aus Neumark, Lilenthal aus Arnswalde.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Rosenberg aus Berlin, Wiener aus Sprottau, Wagenfabrikant Krieger aus Thorn, Gouvernante Gräul, Raulette aus Paris, Uffzor Wandler aus Berlin, Landwirt Heige und Frau aus Wreschen, Rittergutsbesitzer Thomske und Frau aus Babin, die Gutsbesitzer Hartmel aus Chvalenzynet, Weidt aus Kostrzyn, Heiderdt aus Pawe, Burghardt aus Goriatowo, Dauernik aus Strzencz, Wirtschaftsdirektor v. Dallwig aus Sarne.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Arco u. Frau aus Brzezyn, v. Nimojewski aus Dzieciarki, v. Chlapowski aus Polen, Frau v. Koszutza aus Wargowo, Bühring und Frau aus Brociszewo, v. Kierski und Frau aus Gonawka, v. Bychlinski aus Piersko, Busse aus Lezec, Müller aus Buskowo, Tanne und Frau aus Breslau und v. Rogalinski aus Kettow, die Kaufleute Frau Matuzewska aus Samter, Lewy aus Leipzig, Eichelbaum, Cohnheim, Reissler, Goldheim und Wallstädt aus Berlin, Kramer aus Elberfeld und Gebr. Eichelbaum aus Königsberg i. Pr., Regierungsfeldmesser Schorler aus Stralsund, Direktor Wolinetz aus Riesien.

YILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Simon Lemys aus Rawicz, David Hoch aus Kalisch, Hertel aus Siettin, Rakowski und Frau aus Kołozawa, Akademiker Murst aus Berlin.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Wittkowski, Kiszkowski, Frau Jaffe und Sohn, Sieburt, Gebr. Brunner und Cohn aus Wreschen, Giebale aus Pietrkow, Kaphan und Sohn und Kaphan aus Schröda.

OSEMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Molczanski aus Jeziortki, v. Błociszewski und Frau und v. Błociszewski aus Sobiefino, v. Pradzynski aus Siemianowo, Kaufmann Berwin aus Schwersen.

SCHWARZER ADLER. Wirtschafts-Inspектор Pfeiffer aus Bielefeld, Administrator Andersch aus Rzadkow, Bürger Weigt aus Lissa, Frau v. Swinarska aus Budziewo, die Gutsbesitzer Hubert und Frau aus Kopaszyc, Bielewicz aus Barbinowo, v. Koperski aus Stepocin, Frau v. Brzeska aus Jabłkowo, v. Sawicki aus Rybno, Inspектор Hubert aus Nowa Wieś, Bürger Krolowski aus Polen, Krl. Wittenstadt aus Latalice, Kaufmann Giwartowski aus Wreschen, Probst Kamienski aus Kiszkowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Sander und v. Gersdorff aus Chrzanice, Freiherr v. Käpfer aus Berlin, Nersen aus Dambitsch, Krl. Baarth aus Modrz, Heiderdt aus Babilow, Stegemann aus Gr. Rybn, Weizner aus Kielitz, Domainen-Pächter Lappenberg aus Gräb, Orgelbaumeister Sauer aus Breslau, Gnige aus Glogau, Simon aus Landsberg a. W., Kulic aus Köln, Eberhard aus Chemnitz, l'Orange, Hirsch, Herz, Menges, Kleinecke, Cohn und Schwinder aus Berlin, Fürstenberg und Schauspielerin Grl. Bertine aus Siettin, Fabrikant Hoffmann aus Chemnitz, Ass.-Insp. Friedrichs aus Berlin.

Gw. Wohlgeboren! ersuche ich freundlichst, mir noch zwei Flaschen von Ihrem vorzüglichem Haarbalzam zu senden; nach dem Gebrauch der zweiten Flasche wurden die guten Dienste, welche er leistet, erst sichtbar.

— Löbau, 16. April 1869. Frau Amtmann Doevert.

— Ebens schreibt Herr von Thönhausen aus Zwittau. Abermals wollen Sie mir 3 Flaschen Esprit de cheveux, à 1 Thlr.

— zukommen lassen. Derselbe hat sich vortrefflich bewährt.

— Depot bei Hermann Moegelin in Posen, Bergstr. 9.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Wongrowiec.
Das dem Probst Ignaz Trybuski gehörige Mühlengrundstück **Nagelmühle**, abgeschägt auf 23,951 Thlr 10 Sgr. laut der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Bureau III. A. einzusehenden Tage, soll am 22. November 1869,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbefannte Gläubigerin Johanna Emilie Görtel wird öffentlich vorgeladen.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen;
Abtheilung für Civil-Prozessachen.

Posen, den 18. Januar 1869.

Das zum Nachlass der Meyer und Hanne Kantorowicz'schen Cheleute gehörige, in der Altstadt Posen auf dem Alter Markt unter Nr. 52. und in der Wasserstraße unter Nr. 1. belegene Grundstück, abgeschägt auf 37,349 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenchein in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 10. September 1869,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber subhastirt werden.

Alle unbekannten Realpräendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Praktikus spätestens in diesem Termine zu melden.

Handels-Register.

Die dem Banquier und Stadtrath Moritz Mamroth zu Posen von der Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Firma: **Posener Real-Kredit-Bank A. Minkowski & Co.** für ihre in Posen unter der gedachten Firma bestehende und in das Gesellschaftsregister unter Nr. 114 eingetragene Handlung, ertheilte Prokura ist erloschen. Dies ist in unserm Prokurenregister bei Nr. 102 zufolge Verfügung vom 3. Mai d. J. heute eingetragen.

Posen, den 4. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Handels-Register.

In unserm Firmen-Register ist unter Nr. 1099 die Firma **Nathan Zarecki** zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann **Nathan Zarecki** daselbst zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 5. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Der über das Vermögen des Apothekers W. Haupt zu Posen eröffnete kaufmännische Konkurs ist durch Vertheilung der Haft verhindert und der Gemeinschuldner für nicht entshuldbar erachtet worden.

Posen, den 27. April 1869.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Civilsachen.

Auktion.

Dienstag den 11. Mai, Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Kommandantur-Gebäude, 2 Dr., verschiedene Mahagoni-rc. Möbel, als: Tische mit und ohne Marmorplatten, Stühle, Spiegel, Komoden, Kleider- u. Wäschspinde; um 12 Uhr fast neue Nussbaum-Garnitur,

als: Saphas, Fauteuils, Polsterstühle mit blauseidenem Damastbezug, Bettstellen mit Matratzen, einen Flügel, Scheibenbüchsen;

ferner Porzellan-, Glas-, Lüpferr., Geschirr, sowie Haush- und Wirthschaftsgeräthe öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,

königl. Auktions-Kommissar.

Wollzüchen-Auktion.

Mittwoch den 12. Mai c., Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Auktions-Lot, Magazinstraße 1, für auswärtige Rechnung einen Posten

neuer fertiger Wollzüchen (a. Stück pr. pr. 10 Pf. schwer) in Partieen zu 5 Stück; ferner Grässen, Mähmaschinen öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski, tgl. Auktions-Kommissar.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Donnerstag den 13. Mai c., Vormittags von 9 u. Nachmittags von 3 Uhr ab, sowie Freitag den 14., Vormittags von 9 Uhr ab, Neuestraße 2, im früheren

Zupansischen Laden, die zu der Kontursmisse gehörigen Restbestände, als: seidene, wollene rc. Kleiderstoffe, Damast, Barege, Tarleton, Mäntel, Jacques, Beduinen, Westenzeuge, wollene Tücher, französische Shawls, Tepiche rc., Freitag um 1 Uhr verschied. Repositoryen rc. öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,

königlicher Auktions-Kommissar.

10,000 Stück Mauersteine ob Stegelei oder franco Baustelle, hat billig abzugeben **E. Miehle** in Zabikowo.

Sprzedaż konieczna.

Sąd powiatowy w Wągrowcu. Mlyn Nagemühle, należący do proboszcza Ignacego Trybuskiego, oszacowany na 23,951 tal. 10 sgr. podległy mogącą być przejrzanej wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w biorze naszem III. A. ma być

dnia 22. Listopada 1869, przed południem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedany.

Niewiadoma z pobytu wierzytelka Joanna Emilia Goertel zapozywa się niniejszym publicznie.

Wierzyteli, którzy względem jakiej z ksiąg hipotecznej nie pokazując się pretensi realnej ze summy kupna zaspokojują szukają, niech się z pretensiami swemi do nas zgłoszą.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen;
Abtheilung für Civil-Prozessachen.

Posen, den 18. Januar 1869.

Das zum Nachlass der Meyer und Hanne Kantorowicz'schen Cheleute gehörige, in der Altstadt Posen auf dem Alter Markt unter Nr. 52. und in der Wasserstraße unter Nr. 1. belegene Grundstück, abgeschägt auf 37,349 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenchein in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 10. September 1869,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber subhastirt werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Praktikus spätestens in diesem Termine zu melden.

Kauf- oder Pacht-Gesuch.

Bon einem praktischen Bandwirth wird ein Gut von 2-300 Morgen zu kaufen gesucht. Auch würde die Pachtung eines größeren Gutes, da läufige Empfehlungen zur Seite stehen, übernommen. Geehrte Offerten unter R. M. M. poste restante Trebnitz franko.

In einer größeren Stadt, am Fluß und Eisenbahn gelegen, ist wegen Kränlichkeit des Beiflers ein seit 27 Jahren bestehendes Destillations-Geschäft, verbunden mit einem Cigaren- und Bier-Geschäft, — im Gangen oder getheilt zu vermieten oder zu verkaufen.

Übernahme kann jederzeit erfolgen. Respekanten, welche 4-6000 Thlr. zahlen können, erfahren Weiteres nach Abgabe von Offerten sub **L. 4928** in der Announce-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Bahnnarzt Kasprowicz,

Neustadt. Markt 1, Ecke der Ritterstraße. Sprechst. 9-1/2 u. 2-1/2 Uhr.

Zu möglichem Erzate der fürzlich verstorbenen meistbeschäftigt hiesigen Badeärzte Engelmann und Trautwein empfehle ich mich hiermit auswärtigen Kollegen als ein durch zwanzigjährige ziemlich bedeutende Kurpraxis erfahrener Arzt mit dem Versprechen gewissenhafter und treuer Pflichterfüllung an mir anvertrauten Patienten. — Die erst mit Beginn der Saison dazu eingetretene Veranlassung und vielfache Beschäftigung ließen mich für jetzt den Weg der Öffentlichkeit statt des vielleicht besseren persönlicher Empfehlung wählen.

Bad Kreuznach, Mai 1869.

Dr. Priefer.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab als

Gesinde-Bermiethein konzeptioniert bin und bitte um geneigte Aufträge. Es wird mein Bestreben sein, nur qualifiziertes Gesinde den hohen Herrschäften zu empfehlen.

Caroline Götz, Judenstraße 17.

Empfehle ich blaue und gelbe Lupinen, Bicken, Rigauer Kronen-Leinwand, Seife, Sommer-Rüben, Dotter, Hirse, sowie sämtliche Feldfrüchte frisch und feinfähig zu billigen Preisen.

L. Kunkel.

40 Mille Hohlsteine, 10 Schachtröhren, Seldsteine offerirt

Terpitz.

Zabikowo, den 3. Mai 1869.

Bestes Pferdeheu, Roggen, Langstroh und Herbst-Rohr offerirt

Góratowice bei Schwartzen.

E. Burghardt.

Zur Saat

empfehle ich blaue und gelbe Lupinen, Bicken, Rigauer Kronen-Leinwand, Seife, Sommer-Rüben, Dotter, Hirse, sowie sämtliche Feldfrüchte frisch und feinfähig zu billigen Preisen.

L. Kunkel.

40 Mille Hohlsteine, 10 Schachtröhren, Seldsteine offerirt

Terpitz.

Zabikowo, den 3. Mai 1869.

Bestes Pferdeheu, Roggen, Langstroh und Herbst-Rohr offerirt

Góratowice bei Schwartzen.

E. Burghardt.

Billig! Billig! Billig!

Als Gelegenheitskauf empfehle ich eine Partie ganz feiner gestickter Negligé-Sachen zu auflässig billigen Preisen.

Louis Lewin,

7. Breitestraße 7.

Empfehle billig

S. Tucholski.

Wilhelmsstraße 10.

Empfehle billig

S. Tucholski.

<p

Regelmässige Passagier-Beförderung
von Gustav Böhme & Co.
in Hamburg
am 1. und 15. jeden Monats
direct

(nicht über England)
von **Hamburg** nach **New-York** und **Quebec.**

Die zu unserer Linie gehörenden 20 großen dreimastigen Segelschiffe, eigens zu der Fahrt erbaut und auf das Beste eingerichtet und ausgerüstet, werden regelmäßig wie oben von uns expediert, und können wie Auswanderern ganz besonders empfohlen.

Näheres Auskunft ertheilen unsere Herren Agenten und auf frankirte Briefe.

Gustav Böhme & Co., concessionirte Expedienten in Hamburg.

Dampfschiff „Smidt“
I. Classe

von **Bremen** nach **Newyork**

fährt am 16. Juni 1869.

Passagepreise: I. Kajüte 80 Thlr. Crt., II. Cajüte 45 Thlr. Crt., Zwischendeck 40 Thlr. Crt. inkl. Belöftigung. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Säuglinge 3 Thlr. — Ueberfahrt-Bedingungen und sonstige Auskunft direkt durch

G. Lange & Co. in Bremen,

da die hiesigen Schiffs-Expedienten, so wie deren Agenten im Inlande kontraktlich gebunden sind, nur für den Nordd. Lloyd Passagiere anzunehmen.

Dann folgende Expedition am 1. September 1869.

Amsterdamer Industrie-Palast-Obligationen

à 2½ Fl. Erste Ziehung am 1. Juni 1869,
mit Prämien von Fl. 150,000, 100,000, 50,000, 20,000.

Mit dem Verkauf dieser Loope für die Stadt und Provinz Posen bin ich beauftragt. Posen, den 10. Mai 1869.

Siegmund Sachs,

St. Adalbert Nr. 40 B.

Original-Loope

1. Klasse Frankfurter Lotterie 1/4 3 Thlr. 13 Sgr., 1/2 1 Thlr. 22 Sgr., 1/4 26 Sgr. ver- sendet gegen baldige Befestigung

J. S. Rosenberg.

Göttingen.

Frankfurter Lotterie.

Ziehung den 9. und 10. Juni 1869. Originalloose 1. Klasse à Thlr. 13 Sgr. Ge- theile im Verhältnis gegen Postvorbehalt oder Post-Ginzahlung zu beziehen durch

J. G. Kämel.

Hauptkollekteur in Frankfurt a M.

Bergstraße Nr. 7 ist der erste Stock, enthaltend 6 Zimmer und Balkon, sowie Küche und Nebengelaß, vom 1. Oktober c. zu vermieten.

Sommerwohnungen

find zu vermieten im Schweizerhäuschen, Eichwaldstraße.

Sapieha-Platz Nr. 3. ist eine Wohnung im 3. Stock zu vermieten.

Der Cigaren-Laden

Berlinerstr. 13 ist vom Olt. zu vermieten.

Noch ein gewandter Schreiber mit guter Handchrift findet sofort Beschäftigung bei auskömmlichem Salair bei dem Rechtsanwalt Döckhorn in Posen.

Für meine Delikatessen-, Süßfrucht- und Kolonial-Waren-Handlung suche ich einen tüchtigen Kommiss und einen Lehrling. Bromberg. Julius Schottlaender.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 10. Mai 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

Not. v. 8. v. 7. Not. v. 8. v. 7.

Roggen, fest.		Roggen, fest.		Roggenmehr.	
Mai-Juni	51	51	51	Märk.-Pos. Stm.	
Juni-Juli	50	50	51	Aktien	64
Juli-August	50	50	49	Franzosen	194
Sept.-Okt.	11	10	10	Lombarden	129
Spiritus, matt.	11	11	11	Neue Pos. Pfandb.	83
Mai-Juni	16	16	16	Russ. Banknoten	79
Juni-Juli	16	16	16	Poln. Liquidat.	57
Juli-August	16	16	16	Pfandbriefe	56
Canalliste:	699	699	699		
Rohöl, fester.	51	51	51		
Mat.	11	10	10		
Sept.-Okt.	11	11	11		
Spiritus, matt.	11	11	11		
Mai-Juni	16	16	16		
Juni-Juli	16	16	16		
Juli-August	16	16	16		
Canalliste:	45,000	45,000	45,000		
Quart.					

Stettin, den 10. Mai 1869. (Marcuse & Mass.)

Not. v. 8. Not. v. 8.

Rabdl, fest.		Rabdl, fest.		Spiritus, fest.	
Mai-Juni	66	65	65	Mai-Juni	11
Juni-Juli	67	66	65	Sept.-Okt.	11
Juli-August	67	67	67	Spiritus, fest.	16
Roggen, still.	50	50	50	Mai-Juni	16
Mai-Juni	50	50	50	Juni-Juli	16
Juni-Juli	50	50	50	Juli-August	17
Juli-August	48	48	48		16

Börse zu Posen

am 10. Mai 1869.

Rands. Posener 4% neue Pfandbriefe 83 Sgr., do. Rentenbriefe 83 Sgr. do. Provinzial-Banknoten 101 Sgr., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. —, 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 79 Sgr. Gd.

[Amtlicher Bericht] Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pf.] pr. Mai 46—46, Mai-Juni 45, Juni-Juli 45, Juli-August 45.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Haß) gekündigt 54,000 Quart. pr. Mai 15—15 1/2, Juni 15, Juli 16, August 16.

Eine zuverlässige, deutsche Wirthin, ohne Angehörige, welche eine gute Hausmannschaft lohen kann, wird verlangt beim Schlossmeister **Diets.**, St. Adalbert 13.

200 Arbeiter können sich sofern melden an der Eisenbahnstrecke bei Gnesen. Lohn 16—17 Sgr., im Aktord 20—25 Sgr. **Riedel.**, Schachtmaster.

Eine Lehrlingsstelle ist zu besetzen bei **F. G. Fraas.**, Droguen- und Farben-Handlung.

Ein Sohn ordentlicher Eltern, christlicher Konfession, der jedoch deutsch u. polnisch spricht, findet als Lehrling sofort Stellung bei **S. Rosenberg.**, Gr. Gerberstr. 1/2. Bau- u. Holzhandlung.

Einen Laufburschen verlangt Photograph **Loewenthal.**

Ein noch rüstiger pensionirter Beamter, welcher bereits 3 Jahre in einem Kreisgericht und zuletzt bei einem Rechtsanwalt beschäftigt worden, sucht in irgend einer Branche sowohl oder spätestens den 1. Juni d. J. anderweite Beschäftigung.

Gef. Offerten nimmt die Exped. dieser Btg. sub **M. b. s. P. 60** entgegen.

Ein solider, tüchtiger u. zuverlässiger Mühlensleuteführer wird für eine Wassermühle zum 1. Juni bei gutem Gehalt und freier Station gesucht. Persönliche Vorstellung erwünscht. Näheres durch die Exped. d. Btg.

Gef. Off. sub **M. S. Sobotka.**, Kreis Pleschen.

Ein Wirtschafts-Inspektor, erfahren, militärfrei, Anfang 30er, 12 Jahr ununterbrochen in Schlesien u. im Großherzogthum beim Fach, mit guten Bezeugnissen und Empfehlungen, noch aktiv, auch Landessachen und Korrespondenz, möglich, wünscht, um sich verheirathen zu können, einen selbstständigen Wirkungskreis auf großem Güterkomplexe im In- oder Auslande.

Gef. Off. sub **M. S. Sobotka.**, Kreis Pleschen.

Ein junger Wirtschaftsbeamter (Deutscher) sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stellung als Hofbeamter oder Schreiber, möglichst bald oder zu Johanni.

Gef. Offerten erbittet unter Chiffre **H. K.**.

Ein junger Mann, gut empfohlen, mit besten Kenntnissen, sucht vom 1. Juli d. J. eine Stelle als Brennerei-Verwalter, ist gleichzeitig bereit den Mahlgang in derselben selbstständig zu führen. Nähere Auskunft auf fr. Briefe **L. G.** in Paradies bei Jordan, poste restante.

Auf Verlangen kann Kanton gestellt werden.

Unter **A. B. C. 100.** Arotoschin, poste restante, sucht ein sehr gut empfohlener anständiger unverw. Wirths.-Inspektor zum 1. Juli d. J. bei demselben Stellung.

Gestohlen.

Es sind mir aus meinem Hause folgende Gegenstände gestohlen worden:

- 1) eine goldene Damen-Uhr auf 19 Steinen gehend mit Sekundenzeiger und ohne Schlüssel aufzuziehen;
- 2) eine dünne goldene Kette nebst Uhrhaken, schwarz emailliert und ein Medaillon mit zwei Bildern;
- 3) ein kleiner goldener Siegelring mit einem Brillanten, und
- 4) ein Paar Granat-Ohringe.

Indem ich vor Ankauf dieser Gegenstände warne, sichere ich demjenigen, der mir zur Wiedererlangung verhilft, eine Belohnung von 10 bis 20 Thlr. zu.

Bongrowitz, den 9. Mai 1869.

Casper Rothmann.

Seit 7 Jahren in der Kunst- und Schönfärberei des Herrn A. Sieburg beschäftigt, ließ ich mich von den Theilhabern der neu errichteten Färberei **Nahn & Co.** durch Überredung verleiten, das Interesse meines Arbeitgebers in der Weise zu schädigen, daß ich meine durch denselben erlangten Fachkenntnisse den ic. **Nahn & Co.** Behufl. Einrichtung ihrer Färberei verwerthen wollte, und ihnen, obgleich noch bei Herrn Sieburg in Arbeit stehend, bei der Einrichtung behülflich war. Da der eine Theilhaber nicht die geringste Kenntniß von seinem neuen Berufe hat, der andere sich erst durch eine mehrwöchentliche Thätigkeit in der Färberei des Herrn Sieburg die dafelbst durch langjährige Praxis eingeführten Verbesserungen anzueignen glaubte, und sich hinter dem Rücken seines Brotgebers Musterabdrücke nahm, so wurde mir erst die Größe meiner Un dankbarkeit gegen meinen stets wohlwollenden Brotherrn klar und ich halte zur Sühne für meine kurze Verirrung und zur Beurtheilung der Handlungswweise der ic. **Nahn & Co.** diese Erklärung für nöthig.

Pietsch., Tuchseherer.

50 Thlr. Belohnung

werden hiermit Demjenigen zugesichert, welcher betreffs des in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. bereits zum dritten Mal verübten Frevels an den Obstbäumen der Allee von hier nach Süden den Thäter des Abbruchs von 24 Kirschbäumen so nachweist, daß dessen strafrechtliche Ahndung begründet wird.

Greyhan, den 7. Mai 1869.

Beutler., Kunstgärtner.

In Carl Heymanns Verlag (Julius Imme) in Berlin ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Hilse, Carl, Civil- und Misch-Ehe.

Eine Untersuchung der Fragen wegen Einführung der Civil-Ehe und Freigabe der Mischehen zwischen Christen und Juden.

Nebst Entwurf eines Gesetzes mit Materialien.

Gr. 8. 13 1/4 Bogen geb. Preis 25 Sgr.

Die

Substaftations-Ordnung
vom 15. März 1869 nebst Kosten-Tarif

ergänzt und erläutert aus den Materialien der Rechtslehre und der Allgemeinen Justiz-Ministerial-Befügung vom 20. März 1869.

Mit Kommentar versehen von einem hochgekult. Juristen und Abgeordneten.

Einziges bis jetzt erschienene Ausgabe, worin die Allgemeine Justiz-Ministerial-Befügung vom 20. März 1869 erhalten ist.

Gr. 8. 4 1/4 Bogen brosch. Preis 10 Sgr.

Inserate in sämtliche exi-
stirende Zeitungen werden zu Original-

Preisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. Announcebureau von Eugen Fort in Leipzig

